

Dr. Karin Waringo

Serbien – ein sicherer Herkunftsstaat
von Asylsuchenden in Deutschland?

Eine Auswertung von Quellen zur
Menschenrechtssituation

Inhalt

Vorwort.....	2
1 Einleitung	6
2 Menschen- und Minderheitenrechte in Serbien – Zusammenfassende Einschätzung	6
3 Diskriminierung (allgemein)	9
4 Politische Rechte: Medien-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit	10
5 Rassistische und rechtsextreme Gewalt.....	14
Aktivitäten rassistischer Gruppen.....	14
Gewalt von Seiten der Staatsorgane.....	16
Gewalt gegen Roma	16
Gewalt von Seiten der Vertreter der Staatsorgane	18
6 Korruption.....	20
7 LGBT – Schwule, Lesben, Transsexuelle	21
8 Ethnische Minderheiten/Minderheitenschutz (allgemein)	24
Die Situation der AlbanerInnen in Südserbien.....	25
Die Situation der Bosniaken.....	26
9 Roma	26
Zugang zum Arbeitsmarkt.....	28
Zugang zur Bildung.....	29
Zugang zur Gesundheitsversorgung	30
Zugang zu Sozialleistungen	31
Zugang zu Personaldokumenten	31
Zugang zu öffentlichen Räumen	32
Zugang zu Wohnraum	32
Räumung von Romasiedlungen.....	34
Binnenvertriebene Roma aus dem Kosovo	35
Die serbische Strategie zur „Integration der Roma“	37
10 Recht auf Freizügigkeit	38
Quellen:.....	46
Zeitungen, Rundfunk und Agenturen	49

Vorwort

Als im Herbst 2012 in Deutschland die Zahl der Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien, die meisten unter ihnen Roma, zunahm, ging Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich am 12. Oktober 2012 an die Öffentlichkeit und bewertete die vermehrten Asylanträge aus diesen Herkunftsstaaten pauschal als Rechtsmissbrauch. Seitdem wird von Seiten des Bundesinnenministeriums eine rigorose Politik gegen diese Personengruppe betrieben mit dem Ziel, die Asylantragsteller aus diesen Herkunftsländern durch eine schnelle und pauschale Bearbeitung der Asylanträge ohne Beachtung des individuellen Fluchtschicksals chancenlos zu stellen, sie so schnell wie möglich abzuschieben und sich durch weitere Maßnahmen des Themas möglichst dauerhaft zu entledigen. Kurz: Abschreckung durch ein von vornherein auf Ablehnung ausgerichtetes Sonderverfahren.

Die Strategie lässt sich in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Serbien und Mazedonien sollen per Gesetzgebungsverfahren als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden.
2. Durch eine Ergänzung des Asylbewerberleistungsgesetzes sollen Asylantragsteller aus solchen sicheren Herkunftsstaaten weniger Barleistungen erhalten.
3. Die Bundesländer sollen dies durch Leistungseinschränkung und die weitgehende Gewährung lediglich von Sachleistungen flankieren.
4. Auf EU-Ebene hat die Bundesregierung ihren Druck auf die Europäische Kommission mit dem Ziel verstärkt, eine Abänderung der Visumbestimmungen zu erreichen, um eine zeitweilige Aussetzung der Visafreiheit zu ermöglichen. Damit verstärkt sie auch den Druck auf die Balkanstaaten, Wanderungsbewegungen stärker zu kontrollieren, indem sie Personen, die als potenzielle AsylbewerberInnen identifiziert werden, an der Ausreise hindert.
5. Die Bearbeitung der Asylverfahren von BürgerInnen aus Serbien, Mazedonien und anderen Balkanstaaten von Seiten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurde beschleunigt. Im vergangenen Jahr hat das Bundesamt über Monate ausschließlich über Asylanträge aus den Balkanstaaten entschieden, die bis auf wenige Ausnahmen alle abgelehnt wurden.

Die Tatsache, dass die Mehrzahl der AsylbewerberInnen aus Serbien und Mazedonien Roma sind, wurde keineswegs als Resultat der existenzgefährdenden Ausgrenzung anerkannt, denen sie ausgesetzt sind, sondern Ausgangspunkt für eine Debatte mit mehr oder minder rassistischen Untertönen. Anlässlich der Enthüllung des Denkmals für die rund 500.000 ermordeten Roma und Sinti in Berlin am 24. Oktober 2012 wies PRO ASYL darauf hin, dass nicht nur dieser Völkermord historisch mangelhaft aufgearbeitet worden ist. Auch heute werden Roma in Europa ausgegrenzt und rassistisch diskriminiert. In vielen Staaten gehört Antiziganismus zur Alltagskultur. Im Rahmen klassischer Sündenbockstrategien werden Roma immer wieder an den Pranger gestellt – auch in Deutschland. Eine politische Strategie, die Angehörige der am stärksten diskriminierten Minderheit Europas hierzulande wiederum einem diskriminierendem Asylsonderverfahren aussetzt, spielt mit dem Feuer der auch in Deutschland massiv vorhandenen antiziganistischen Ressentiments.

Zur Handlungsstrategie des Bundesinnenministers im Umgang mit Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien hat PRO ASYL in einem eigenen Papier im November 2012 Stellung genommen und sie als „Populismus aus dem Bundesinnenministerium“ kritisiert. Im März 2013 warnte PRO ASYL vor einer wachsenden Kriminalisierung der Asylsuchenden in den Herkunftsländern.

Der hier vorgelegte Text beschäftigt sich mit dem ersten Aspekt dieser Strategie: der Absicht, Serbien als sicheren Herkunftsstaat einzustufen zu wollen. Voraussetzung für eine solche Einstufung wäre, dass der Bundestag einem entsprechenden Gesetzesvorhaben

zustimmt, das auch der Zustimmung des Bundesrates bedarf,. Der Gesetzgeber muss bei der Bestimmung eines Herkunftsstaates zum sicheren Herkunftsstaat die Vorgaben der Verfassung berücksichtigen. Es muss sich demnach um Staaten handeln, bei denen aufgrund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Dabei geht es also nach dem Wortlaut des Artikels 16a III 1 GG nicht nur um politische Verfolgungstatbestände, sondern auch um menschenrechtswidrige Praktiken im betreffenden Staat, die in den Blick zu nehmen sind. Und es geht ganz besonders auch um die Praxis, nämlich die Frage, inwieweit Gesetze, die menschenrechtliche Aspekte betreffen, angewendet und damit vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Situation im jeweiligen Staat wirksam werden.

Die Tatsache, dass es nicht nur auf politische Verfolgungstatbestände ankommt, sondern auch auf die Beurteilung unmenschlicher und erniedrigender Behandlung, ist von erheblicher Bedeutung. In einer ganzen Reihe von Staaten mag die Behandlung von Minderheiten oft nicht die Schwelle erreichen, damit sie als politische Verfolgung eingestuft werden kann. Sie kann jedoch durchaus als menschenrechtswidrig beurteilt werden, und entsprechende Praktiken sind bei der Frage, ob es sich um einen sicheren Herkunftsstaat handelt, zwingend zu berücksichtigen. Ganz besonders gilt dies, wenn die Mängel systematisch sind.

Der folgende Bericht belegt, dass Serbien nicht die Voraussetzungen erfüllt, um als sicherer Herkunftsstaat eingestuft zu werden. Er stützt sich in erster Linie auf die Berichte internationaler Organisationen, wie des Europarats oder der Europäischen Kommission, die zeigen, dass die menschenrechtliche Lage in Serbien nach wie vor prekär ist, und dass insbesondere Minderheiten unter den Folgen von struktureller Diskriminierung und der Missachtung bestehender Rechtsvorschriften leiden. Dies hat zur Folge, wie in den Berichten immer wieder hervorgehoben wird, dass Menschen, insbesondere Angehörige von Minderheiten und anderen gesellschaftlich benachteiligten Gruppen, nur begrenzt in der Lage sind, ihre Grundrechte auszuüben. Außerdem zeigt der Bericht, dass der Demokratisierungsprozess in Serbien längst nicht abgeschlossen ist, was sich insbesondere an den Angriffen auf JournalistInnen und den Einschränkungen politischer Freiheiten äußert. Menschen, die Minderheiten angehören oder als Angehörige von Minderheiten wahrgenommen werden, riskieren nach wie vor, Opfer von Willkür und Gewalt zu werden, was auch am Beispiel der Behandlung von Homo- und Transsexuellen deutlich wird.

Serbien befindet sich in langwierigen und schwierigen Demokratisierungsprozessen, wie auch andere Staaten der Region. Fortschritten in manchen Bereichen, insbesondere im Bereich der Gesetzgebung, stehen Stagnation, Rückschritte und fortdauernde Defizite gegenüber, zu denen auch die strukturelle und bis zur Existenzgefährdung gehende Ausgrenzung der Roma gehört. Dass Serbien nicht die Voraussetzungen erfüllt, um zu einem sicheren Drittstaat erklärt zu werden, ist keine diskriminierende Feststellung. Die Liste derjenigen Staaten, die Deutschland als sichere Herkunftsstaaten ansieht, ist bekanntlich kurz. PRO ASYL hat die Idee einer Liste angeblich verfolgungsfreier und durchweg menschenrechtskonform agierender „Positivstaaten“ schon vor der Asylrechtsänderung, mit der sie eingeführt wurde, für mehr als fragwürdig gehalten. Solange es jedoch das Instrument der sicheren Herkunftsstaaten gibt, ist darauf zu achten, dass zumindest die verfassungsrechtlichen Anforderungen bei ihrer Bestimmung eingehalten werden.

Im vorliegenden Text nehmen Menschenrechtsverletzungen gegenüber Roma breiten Raum ein. Als marginalisierte Minderheit, die sowohl aus rassistischen Gründen, aber auch aus Gründen der Armut diskriminiert und ausgegrenzt wird, sind die Roma in besonderer Weise von Verstößen gegen Menschenrechte betroffen. Allerdings werden auch andere Aspekte der extrem problematischen Menschenrechtslage in Serbien dargestellt, wie beispielsweise die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen, die sich in Serbien nahezu ungestört entfalten

können. Serbien hat ein massives Demokratieproblem, wenn es einen Teil seiner Staatsbürger an der Ausübung grundlegender Rechte, am Zugang zu Bildung und Ausbildung, zur Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt hindert. Die ohnehin schon mehr als bedenkliche Lage hat sich infolge des Drucks von Seiten der Europäischen Union noch verschärft. In der Tat sah sich Serbien, wie auch andere Balkanstaaten, gezwungen, zusätzliche Maßnahmen zu treffen, um die Zahl der AsylbewerberInnen zu verringern. Zu diesen Maßnahmen, die im zehnten Kapitel näher beschrieben werden, zählen unter anderem Ausreisekontrollen und -verbote, die insbesondere Roma betreffen. Diese Maßnahmen stehen z.T. sogar im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtskonventionen, wie ein jüngstes Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (Stamose v. Bulgaria) belegt.

Die Drohkulisse der EU, man werde die Visaliberalisierung möglicherweise zurücknehmen, wenn Serbien und Mazedonien die Ausreise von Roma nicht verhindern, stiftet zur Anwendung problematischer und menschenrechtswidriger Methoden an. Würden Serbien (und Mazedonien) durch ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren in Deutschland als sichere Herkunftsländer eingestuft, so hätte dies massive Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Asylverfahren von Antragstellern aus diesen Staaten. In der Tat werden Asylverfahren von Personen aus solchen Staaten im Regelfall als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Es besteht nämlich die gesetzliche Vorgabe, dass in diesem Fall eine Sicherheit vor Verfolgung zu vermuten ist. Das kann zwar im Einzelfall widerlegt werden, aber es ist nicht realistisch zu erwarten, dass die Betroffenen in der Kürze des Verfahrens Tatsachen oder Beweismittel dafür vorlegen können, dass ihnen konkret Verfolgung droht-abweichend von der allgemeinen Einstufung dieser Staaten,. Wird ein Antrag als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt, verkürzt sich die Rechtsmittelfrist auf eine Woche.

In der Kommentarliteratur wird die Auffassung vertreten, dass die Bestimmung eines Staates als sicher dann zu unterbleiben hat, wenn auch nur Einzelfälle politischer Verfolgung bekannt werden. Schon vor dem Hintergrund der Tatsache, dass allein in Frankreich und Österreich in den Jahren 2009 bis 2011 215 Asylsuchende aus Serbien einen Schutzstatus erhielten, was jeweils mehr als sieben Prozent der Antragsteller entspricht, würde sich also die Einstufung Serbiens als sicherer Herkunftsstaat verbieten. Und auch in Deutschland hat es einzelne Fälle von Anerkennungen gegeben. Noch im Jahr 2011 wurden immerhin 26 serbische und 6 mazedonische Staatsangehörige als schutzbedürftig schon beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angesehen. Es hat deshalb den haut goût einer großangelegten politischen Manipulation, wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge plötzlich im Jahre 2012 die offizielle Doktrin, Roma aus Serbien und Mazedonien würden grundsätzlich in ihren Herkunftsländern nicht verfolgt, in Form einer Anerkennungsquote nahe Null umsetzt. Statistiken des Bundesamtes weisen für das vierte Quartal 2012 zu Serbien eine Gesamtschutzquote von 0,5 Prozent aus, zu Mazedonien beträgt die entsprechende Quote 0,1 Prozent. Das gewünschte Ergebnis verkündete der Auftraggeber: „In keinem Fall konnte eine asylrelevante Verfolgung festgestellt werden, sodass offenbar asylfremde Motive für die Asylbeantragung maßgeblich waren.“, so der Bundesinnenminister.

Das aber ist nicht nur Propaganda und Populismus zu Lasten der Roma, es ist auch Bestandteil einer Strategie. Der Bundesinnenminister weiß, dass die lückenlose Ablehnung von Asylantragstellern aus Serbien und Mazedonien Voraussetzung ist für seine Absicht, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um diese Staaten zu erweitern.

Der nachfolgende von Dr. Karin Waringo verfasste Bericht, dürfte es schwieriger machen, Serbien umstandslos auf die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu setzen. Aber Fakten zur Kenntnis nehmen zu wollen, ist im Grunde bereits ein Akt politischen Willens. Die Sonderverfahren des zweiten Halbjahres 2012 beim Bundesamt für Migration und

Flüchtlinge zeigen die Entschlossenheit der Bundesregierung, in Sachen serbischer Asylantragsteller nicht das Geringste an Fakten zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Asylsuchende aus Serbien und Mazedonien, auch Roma, haben das Recht auf ein faires Asylverfahren, innerhalb dessen ihre Fluchtgründe individuell zu prüfen sind. Der Versuch der Einstufung Serbiens und Mazedoniens als sichere Herkunftsländer ist ein weiterer Versuch, Fakten unter Ausblendung der Realität zu schaffen. Sollte der Bundesinnenminister diesen Weg weiter verfolgen, wird es auf kritische Parlamentarier wie auch die Zivilgesellschaft ankommen, damit die Fakten zur Menschenrechtslage zur Kenntnis genommen werden.

Wir danken der Autorin für ihre sachkundige Recherche.

Bernd Mesovic
PRO ASYL

1 Einleitung

Im Zuge seiner Bestrebungen einer Annäherung mit dem Westen und eines möglichen Beitritts in die Europäische Union hat Serbien in den vergangenen zehn Jahren umfassende Reformen im Bereich von Recht und Justiz durchgeführt, die die Gewährleistung grundlegender Rechte und Freiheiten garantieren sollen.

Wie allerdings aus den Berichten internationaler Organisationen übereinstimmend hervorgeht, werden die neuen Regelungen in der Praxis oft nicht umgesetzt. Diskriminierung von Frauen, Behinderten, Homosexuellen und Angehörigen ethnischer Minderheiten ist an der Tagesordnung.

Marginalisierte Gruppen, insbesondere Roma, die allgemein als die am meisten gefährdete oder schutzbedürftige (vulnerable) Gruppe gelten, haben kaum Möglichkeiten, ihre Rechte geltend zu machen und werden häufig Opfer von Gewalt. Ein traditionelles Rollenverständnis verhindert eine effektive Gleichstellung von Frauen.

Medien- und Meinungsfreiheit sind in Serbien nach wie vor ein Problem. Kritische JournalistInnen und andere Personen, die sich mit kritischen Themen befassen, müssen mit Anfeindungen bis hin zu körperlicher Gewalt rechnen. Das Recht auf Versammlungsfreiheit, das in der serbischen Verfassung enthalten ist¹, wird in der Praxis oft nicht respektiert, wie das abermalige Verbot der Gay Pride Parade im Oktober 2012 verdeutlicht.

2 Menschen- und Minderheitenrechte in Serbien – Zusammenfassende Einschätzung

In ihrer Stellungnahme zu Serbiens Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellt die Europäische Kommission im Oktober 2011 fest, dass das rechtliche und politische Rahmenwerk zum Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten im Einklang mit europäischen Standards stehe. Die serbische Verfassung würde ein hohes Maß an Menschenrechten und grundlegenden Freiheiten anerkennen und die Möglichkeit einer Verfassungsklage als letztes Mittel zum Schutz der Menschenrechte vorsehen. Allerdings müsse die Umsetzung des gesetzlichen Regelwerks beschleunigt werden. Auch müssten Verwaltung, Polizei und Gerichtsbarkeit geschult werden, um eine aktivere und konsistentere Umsetzung dieser Standards zu garantieren.²

Menschenrechte würden allgemein geachtet. Der Ombudsmann und der Datenschutzbeauftragte spielten eine wachsende Rolle bei der Überwachung der Verwaltung. Das gesetzliche Rahmenwerk zum Schutz vor Diskriminierung sei verbessert worden und die serbischen Behörden würden besser darauf achten (sic!), die Versammlungsfreiheit und die Rolle der Zivilgesellschaft zu garantieren.³ Allerdings müssten die zuständigen Institutionen mehr tun, um etwa Journalisten und Medien vor Drohungen und Gewalt durch radikale Gruppen zu schützen.⁴

¹ „Die BürgerInnen haben das Recht, sich frei zu versammeln.“ Verfassung der Republik Serbien, Artikel 54, Versammlungsfreiheit, veröffentlicht im Öffentlichen Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 98/2006, verfügbar unter: <http://www.ustavni.sud.rs/page/view/en-GB/235-100028/constitution>

² European Commission: Communication from the Commission to the European Parliament and the Council - Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union, Brüssel, 12.10.2011, S. 7, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2011/package/sr_rapport_2011_en.pdf

³ „The authorities have also been paying growing attention to safeguarding the respect of the freedom of assembly and freedom of association and the role of civil society.“ (European Commission: Communication from the Commission to the European Parliament and the Council - Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union ..., S. 7)

⁴ European Commission: Communication from the Commission to the European Parliament and the Council - Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union ... , S. 7

Im Bereich der Wahrung der Minderheitenrechte stellt die Kommission ebenfalls fest, dass ein entsprechendes gesetzliches Rahmenwerk vorhanden sei.⁵ Die Verfassung gestehe ethnischen Minderheiten spezifische Rechte zu und schaffe eine rechtliche Grundlage für die nationalen Minderheitenräte. Serbien habe eine umfassende Strategie zur Integration der Roma entwickelt und mache Fortschritte bei ihrer Umsetzung. Auch habe man Maßnahmen getroffen, um Hindernisse bei der Eintragung sogenannter „rechtlich unsichtbarer Personen“ zu machen und ihren Zugang zu Grundrechten zu verbessern.⁶

Allerdings seien weitere – insbesondere auch finanzielle – Anstrengungen nötig, um den Status und die sozioökonomischen Bedingungen der Roma zu verbessern, die nach wie vor die am stärksten verletzbare und marginalisierte Minderheit seien. Auch biete die Lage der Binnenvertriebenen aus dem Kosovo Anlass zur Sorge.

Gleichlautend stellt die Europäische Kommission auch in ihrem Fortschrittsbericht 2012 zu Serbien fest, dass zwar Fortschritte bei der Umsetzung und Förderung der Menschenrechte gemacht worden seien, allerdings bestehe weiterhin Handlungsbedarf.⁷

In seiner Resolution vom 29. März 2012 begrüßt das Europaparlament den Beschluss des Rates der Europäischen Union, Serbien am 1. März den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu gewähren. Das Parlament stellt fest, dass Serbien „erhebliche Fortschritte“ bei der Erfüllung der politischen Kriterien erzielt habe, dass die Annäherung Serbiens an die Europäische Union jedoch von weiteren Fortschritten in diesem Bereich abhängige. Das Europaparlament erwähnt insbesondere die Wahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und den Schutz ethnischer Minderheiten.⁸

In seinem Jahresbericht 2012 nennt das amerikanische Außenministerium Diskriminierung und Gewalt gegen Minderheiten, Korruption im Gesundheitssystem sowie in weiten Bereichen des Staatsapparats und ein nicht funktionierendes Justizsystem als „gravierendste Menschenrechtsverletzungen“ im vergangenen Jahr.⁹ Das Außenministerium berichtet weiter von körperlicher Gewalt gegen Gefangene von Seiten der Polizei, über die Einschüchterung von JournalistInnen, MenschenrechtsvertreterInnen und anderen Personen, die gegenüber der Regierung kritisch sind, dem Fehlen einer dauerhaften Lösung für die Binnenvertriebenen aus dem Kosovo, Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie Menschenhandel.

Das Außenministerium zitiert Aussagen des serbischen Ombudsmanns Saša Janković, wonach die nationale Gesetzgebung zum Schutz der Menschenrechte zwar im Einklang mit internationalen Standards stehe, aber der politische Wille fehle, entsprechende Gesetze auch umzusetzen.¹⁰

⁵ Ibid., S. 8

⁶ Ibid.

⁷ “There is some progress in the promotion and enforcement of human rights..... However, the implementation of relevant international instruments needs to be further improved.”

Und:

“Overall, the legislative and institutional framework for the observance of human rights is in place and some active measures were taken to ensure its implementation. However, further efforts to implement international instruments are required.”

(European Commission: Communication from the Commission to the European Parliament and the Council - Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union ... , S. 14)

⁸ European Parliament: Enlargement report for Serbia: European Parliament resolution of 29 March 2012 on the European integration process of Serbia, Brüssel, 29. März 2012, Abs. 1 und 2, S. 2, verfügbar unter:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dsee/dv/0704_03/0704_03en.pdf

⁹ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 1, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>

¹⁰ Ibid., S. 16

In dem Anschlussbericht zu seinem dreitägigen Besuch in Serbien im Juni 2011 stellt der ehemalige Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, fest, dass Serbien seit seinem letzten Besuch 2008 zwar bemerkenswerte Fortschritte gemacht habe. Allerdings seien weitere, anhaltende und miteinander abgestimmte Anstrengungen nötig, um die groben Menschenrechtsverletzungen der bewaffneten Konflikte der neunziger Jahre rückgängig zu machen, gegen Diskriminierung zu kämpfen und diese zu beseitigen sowie Medienfreiheit effektiv zu stärken und zu schützen.¹¹

Am 30. März 2011 stellte das Ministerkomitee des Europarats in seiner Entschließung zur Umsetzung der Rahmenkonvention zum Schutz ethnischer Minderheiten in Serbien¹² fest, dass die serbische Gesetzgebung zwar lobenswerte Garantien zum Schutz nationaler Minderheiten enthalte und Gesetze zum Schutz gegen Diskriminierung und zur Schaffung nationaler Minderheitenräte beinhalte. Nichtsdestotrotz erkennt das Ministerkomitee „einen Spielraum für Verbesserungen und weitere Fortschritte hin zu einer vollständigen Umsetzung der einschlägigen Normen und Werte in der Praxis.“ Besonders besorgt zeigt sich das Ministerkomitee darüber, dass Diskriminierung und Gewalt gegen nationale Minderheiten nach wie vor nicht ausreichend und in angemessener Weise von den Gerichten behandelt werde. Außerdem sei es nötig, das Vertrauen von Angehörigen dieser Minderheiten in die Gerichte zu stärken. Das Ministerkomitee kritisiert auch das unzureichende Handeln der Polizei.¹³

Das Komitee zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung der Vereinten Nationen (CERD) stellt in seinem Bericht fest, dass Serbien zwar ein umfassendes gesetzliches Regelwerk zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung angenommen habe. Dennoch seien rassistische Diskriminierung, ein starker Nationalismus und Hassreden nach wie vor stark in der serbischen Gesellschaft verbreitet.¹⁴ Obwohl der serbische Staat Anstrengungen unternommen habe, um die Lage der Roma zu verbessern und Rassismus gegen Roma zu bekämpfen, seien sie nach wie vor mit Vorurteilen und Diskriminierung beim Zugang zu Arbeit, medizinischen Diensten, Bildung, politischer Beteiligung und öffentlichen Räumen konfrontiert.¹⁵

Scharfe Kritik kommt auch von Nichtregierungsorganisationen: Human Rights Watch stellt in seinem Weltbericht 2012 fest, dass Serbien trotz der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens mit der Europäischen Union und der Festnahme der beiden letzten gesuchten Kriegsverbrecher kaum erkennbare Fortschritte in Sachen Menschenrechte gemacht habe. Human Rights Watch weist insbesondere auf die besorgniserregende Lage der ethnischen Minderheiten hin sowie auf die Einschüchterungsversuche und Gewalt gegen Journalisten.¹⁶

¹¹ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Straßburg, 22 September 2011, verfügbar unter: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1834869&Site=CommDH&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679>

¹² Resolution CM/ResCMN(2011)7 on the implementation of the Framework Convention for the Protection of National Minorities by Serbia (Adopted by the Committee of Ministers on 30 March 2011 at the 1110th meeting of the Ministers' Deputies), verfügbar unter: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1769009&Site=CM>

¹³ "Acts of discrimination and violence against persons belonging to national minorities are still not sufficiently and adequately addressed by the judicial system. There is a need to increase the confidence of persons belonging to national minorities in referring cases alleging discrimination to the existing judicial and non-judicial mechanisms. Recent events have also shown that the approach of the police to interethnic issues is still not satisfactory." (Resolution CM/ResCMN(2011)7 on the implementation of the Framework Convention for the Protection of National Minorities by Serbia (Adopted by the Committee of Ministers on 30 March 2011))

¹⁴ United Nations/Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD): Seventy-eighth session 14 February – 11 March 2011 Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the Convention Concluding observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination, Abs. 13, S. 3, verfügbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/co/Serbia_AUV.pdf

¹⁵ Ibid., Abs. 16, S. 4

¹⁶ Human Rights Watch World Report 2012, verfügbar unter: <http://www.hrw.org/world-report-2012/serbia>

Die Menschenrechtsvereinigung Civil Rights Defenders (ehemaliges Helsinkikomitee) geht in ihrem Jahresbericht zu Serbien¹⁷ ausführlich auf die Verabschiedung neuer Gesetze ein, kritisiert aber, dass der Rückgriff auf Schnellverfahren und der Ausschluss der Öffentlichkeit von den Debatten nicht zur Qualität dieser Gesetze beigetragen habe. Die Organisation kritisiert außerdem eine Änderung des Strafgesetzbuchs, die es verbietet, Urteile öffentlich zu kritisieren.

Der Bericht enthält zudem einen Hinweis darauf, dass der Europäische Menschenrechtsgerichtshof seit Oktober 2009 61 Urteile zu Serbien gefällt hat.¹⁸ In 54 Urteilen stellte der Gerichtshof Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention fest. Civil Rights Defenders weist darauf hin, dass insgesamt noch 7 050 Klagen gegen Serbien vorlägen, was 4,6 Prozent aller Klagen entspricht. Diese Tatsache sei umso besorgniserregender, da Serbien relativ klein sei und die Europäische Menschenrechtskonvention erst vor sechs Jahren unterschrieben habe.

Am 27. September 2012 erklärte der Vorsitzende des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, Nicolas Bratza, dass insgesamt 9 500 Klagen gegen Serbien anhängig seien.¹⁹ Diese Klagen liessen sich in zwei Kategorien einteilen: Ein Teil der Fälle beziehe sich auf die fehlende Umsetzung von Gerichtsentscheidungen, Lohnzahlungen an ehemalige MitarbeiterInnen der früheren Gemeinschaftsunternehmen betreffend, die anderen betreffen die Auszahlung von Soldatensold. Anlässlich eines Besuchs in Straßburg am 27. November 2012 verkündete der serbische Minister für Justiz und öffentliche Verwaltung Nikola Selaković, dass Serbien der Staat mit den meisten Fällen pro Kopf sei und kündigte sofortige Massnahmen an, u.a. auch die Entsendung junger JuristInnen an den Menschenrechtsgerichtshof nach Straßburg, damit sie sich dort mit der Praxis des Gerichts vertraut machen könnten.²⁰

3 Diskriminierung (allgemein)

Serbien hat in den vergangenen drei Jahren eine Gesetzgebung zum Schutz vor Diskriminierung sowie auch entsprechende Institutionen und Organe zur Überwachung deren Umsetzung geschaffen.

Am 26. März 2009 verabschiedete das serbische Parlament ein Antidiskriminierungsgesetz, das am 27. April 2009 in Kraft trat. Es verbietet jegliche Form von direkter oder indirekter Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, Staatsangehörigkeit, nationaler Zugehörigkeit oder ethnischer Herkunft, Sprache und religiöser Einstellung.²¹ Außerdem beinhaltet es ein Verbot von rassistischen Vereinigungen, Hassreden, Mobbing und erniedrigender Behandlung.

Das Gesetz schafft die Grundlage für die Schaffung einer unabhängigen Gleichstellungsbehörde (Poverenik za zaštitu ravnopravnosti), deren Aufgabe es unter anderem ist, die Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes zu überwachen.²² Sie hat

¹⁷ Civil Rights Defenders: Human rights in Serbia (Updated in October 2012), 1. Oktober 2012, verfügbar unter: <http://www.civilrightsdefenders.org/country-reports/human-rights-in-serbia/>

¹⁸ Ibid.

¹⁹ Serbia has 9,500 petitions to European Court, *Tanjug*, 27.09.12, verfügbar unter: <http://www.tanjug.rs/news/60768/serbia-has-9-500-petitions-to-european-court.htm#>

²⁰ Serbia first in Europe by number of ECHR cases, *Tanjug*, 27.11.2012, <http://www.tanjug.rs/videoDet-e.aspx?gallID=79690>; Srbi prvaci po broju žalbi Strazburu, *RTV Studio B*, 27.11.12, verfügbar unter: <http://www.studijob.rs/info/vest.php?id=83061&kategorija=Hronika>

²¹ Siehe dazu: European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia (fourth monitoring cycle), S. 14 und 15, verfügbar unter: <http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/country-by-country/serbia/SRB-CbC-IV-2011-021-ENG.pdf>

²² European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia (fourth monitoring cycle), Abs. 27, S. 15

unter anderem die Möglichkeit, Diskriminierungsfälle vor Gericht zu bringen. Am 5. Mai 2010 wählte das serbische Parlament Nevena Petrušić zur ersten Gleichstellungsbeauftragten.

In ihrem Länderbericht 2011 äußert die Europäische Kommission gegen Rassismus (ECRI) und Intoleranz Kritik an den Arbeitsbedingungen der Gleichstellungsbeauftragten. Sie habe weder eigene MitarbeiterInnen, noch eigene Räumlichkeiten. Seit der Schaffung der Behörde habe sie 57 Klagen erhalten, von denen ein Drittel unbegründet sei, die übrigen betreffen überwiegend arbeitsrechtliche Fragen. Das ECRI schlussfolgert daher: „Es scheint daher, dass mehr getan werden muss, um sicherzustellen, dass die Gleichstellungsbehörde richtig funktionieren kann.“²³

In ihrem Fortschrittsbericht 2011 stellt die Europäische Kommission fest, dass die Arbeitsbedingungen der Gleichstellungsbehörde verbessert worden seien. Sie sei in neue Räumlichkeiten umgezogen und habe nunmehr 18 MitarbeiterInnen. 2011 habe sie 450 Klagen von serbischen BürgerInnen erhalten und 360 Fälle bearbeitet.²⁴ Außerdem habe sie 98 Stellungnahmen und 17 Empfehlungen an die Behörden gerichtet.²⁵

Die Europäische Kommission stellt fest, dass das gesetzliche Rahmenwerk zum Schutz der sozialen und ökonomischen Rechte vorhanden sei. Nichtsdestotrotz sei Diskriminierung aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Alter und sexueller Einstellung weit verbreitet. Weitere Maßnahmen seien nötig, um alle Formen von Diskriminierung zu bekämpfen. Außerdem müssten effiziente Mechanismen geschaffen werden, um Frauen und Kinder vor Gewalt zu schützen.²⁶

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz schreibt, dass das Antidiskriminierungsgesetz NGOs zufolge in der Praxis kaum umgesetzt werde und dass sowohl die Staatsanwaltschaft als auch Gerichte selten in Fällen rassistischer Diskriminierung vorgehen würden. Dazu stellt das ECRI fest, dass weder Staatsanwälte noch Richter systematisch in dieser Frage geschult würden. Außerdem berichtet ECRI, dass keinerlei Informationen über Maßnahmen vorliegen, die serbische Öffentlichkeit und Angehörige nationaler und ethnischer Gruppen über die Bestimmungen dieses Gesetzes zu informieren.²⁷

Zu einer ähnlichen Feststellung kommt auch das Komitee zur Beseitigung rassistischer Gewalt der Vereinten Nationen, das in seinem abschließenden Beschluss zu Serbien festhält, dass der serbische Ombudsmann bisher nur sehr wenige Klagen aufgrund von rassistischer Diskriminierung erhalten habe, und dass es kaum Gerichtsbeschlüsse gebe.²⁸

4 Politische Rechte: Medien-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Im vergangenen Jahr rangierte Serbien auf Platz 80 von insgesamt 179 Plätzen des internationalen Index der Medienfreiheit von Reporters without Borders.²⁹ Dies stellt eine

²³ Ibid., Abs. 28, S. 15

²⁴ European Commission: Commission staff working document : Serbia 2012 Progress report accompanying the document, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013, Brüssel, 10.10.2012, S. 16, verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/sr_rapport_2012_en.pdf

²⁵ Ibid., S. 46

²⁶ Ibid., S. 16

²⁷ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., S. 15, verfügbar unter: <http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/country-by-country/serbia/SRB-CbC-IV-2011-021-ENG.pdf>

²⁸ United Nations/Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD): Seventy-eighth session 14 February – 11 March 2011 Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the Convention Concluding observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination, Abs. 20, S. 5, verfügbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/co/Serbia_AUV.pdf

²⁹ Reporters without Borders: Press Freedom Index 2011-2012, verfügbar unter: <http://en.rsf.org/report-serbia,132.html>

Verschlechterung von 29 Punkten gegenüber dem Vorjahr dar. Der Journalistenverband stellte dazu fest: „Morddrohungen, physische und verbale Angriffe, Belästigungen und Korruption gehören leider immer noch zum Alltag der serbischen Medien. Die kürzlich erfolgte Unterzeichnung einer Vereinbarung über eine zukünftige Mitgliedschaft in der EU hat bei einigen Menschen Hoffnungen hervorgerufen, allerdings erfordert der EU-Beitritt weitere institutionelle Reformen, einschließlich des Medienbereichs.“³⁰

Das amerikanische Außenministerium, internationale Organisationen sowie die Europäische Kommission und der Europarat stellen einstimmig fest, dass die Medienfreiheit in Serbien nach wie vor sehr begrenzt ist:

Das amerikanische Außenministerium schreibt, dass verschiedene Formen der Kontrolle und des Drucks die Unabhängigkeit der Medien und die Medienvielfalt gefährden. Festgestellt wird außerdem, dass JournalistInnen, die kritische Themen wie Korruption, Kriegsverbrechen und verschiedene Probleme im Zusammenhang mit der Privatisierung von Staatsunternehmen bearbeiteten, Opfer von Gewalt oder Drohungen wurden.³¹

In diesem Zusammenhang sei auch auf den Jahresbericht der internationalen Menschenrechtsorganisation Civil Rights Defenders verwiesen, die berichtet, dass JournalistInnen, die für lokale Medien arbeiteten, stärkstem politischem Druck ausgesetzt seien. Die Organisation erwähnt mehrere Hausdurchsuchungen bei JournalistInnen durch die Polizei. Außerdem seien JournalistInnen von der Polizei aufgefordert worden, ihre Quellen zu nennen. Dabei seien Lügendetektoren eingesetzt worden.³²

Die Europäische Kommission äußert sich in ihrem Fortschrittsbericht über die anhaltenden Angriffe und Gewaltandrohungen gegenüber von JournalistInnen besorgt.³³ Auch das Europaparlament zeigt sich besorgt über Gewaltandrohungen gegen JournalistInnen und fordert ernsthafte Ermittlungen. JournalistInnen müssten in der Lage sein, ihren Beruf in einer sicheren Umgebung und ohne Zwang zur Selbstzensur auszuüben.³⁴

Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, schreibt in seinem Abschlussbericht zu seinem Besuch in Serbien im Juni 2011: „Leider wurde die Medienfreiheit in Serbien durch Angriffe auf Journalisten und in einigen Fällen sogar durch die Ermordung von Journalisten durch Extremisten gefährdet.“³⁵ Der Kommissar zitiert in seinem Bericht mehrere Einzelfälle. Dazu gehört ein Angriff auf Teofil Pančić, einen Kolumnenschreiber der Wochenzeitung Vreme, im Juli 2010. Pančić berichtete kritisch über serbische Nationalisten und Fußballhooligans.³⁶

In einem weiteren Fall, den der Kommissar in seinem Bericht zitiert, geht die Gewalt unmittelbar von Vertretern staatlicher Organe aus: Im Mai 2011 wurde der Photograph einer Belgrader Lokalzeitung von Mitarbeitern des Belgrader Bezirksgerichts mit Schlägen traktiert,

³⁰ Ibid.

³¹ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 23, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>

³² Civil Rights Defenders: Human rights in Serbia, 1. Oktober 2012, verfügbar unter: <http://www.civilrightsdefenders.org/country-reports/human-rights-in-serbia/>

³³ European Commission: Commission staff working document: Serbia 2012 Progress report accompanying the document, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013, Brüssel, 10. Oktober 2012, S. 15, , verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/sr_rapport_2012_en.pdf

³⁴ European Parliament: Enlargement report for Serbia: European Parliament resolution of 29 March 2012 on the European integration process of Serbia, Brüssel, 29. März 2012, verfügbar unter:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dsee/dv/0704_03/0704_03en.pdf

³⁵ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Strassburg, 22. September 2011, Abs. 159, S. 25, verfügbar unter:

<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1834869&Site=CommDH&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679>

³⁶ Ibid., Abs. 160, S. 25

nachdem er versucht hatte, Fotos von einem Mitglied einer nationalistischen Vereinigung zu machen, der ins Gericht gebracht wurde. Obwohl er eine offizielle Erlaubnis hatte, Fotos im Inneren des Gerichtsgebäudes zu machen, wurden seine Fotos anschließend, auf Anordnung eines Richters, gelöscht.³⁷

Im Februar 2011 tauchten in der Ortschaft Lazarevac Poster auf, die den „Tod“ des serbischen Rundfunksenders B92 verkündeten.³⁸ Die Posterkampagne stand im Zusammenhang mit der Berichterstattung über einen möglichen Korruptionsfall bei einem Staatsunternehmen.³⁹ Im April dieses Jahres wurde in diesem Zusammenhang gegen fünf Männer Anklage erhoben. Sie wurden beschuldigt, die öffentliche Sicherheit gefährdet und sich gewalttätig verhalten zu haben. Zwei Journalisten, die die Plakataktion beobachteten und sich ihr entgegenstellten, wurden zusammengeschlagen.⁴⁰

Der Menschenrechtskommissar zeigt sich besorgt, dass einige Fälle, die die Ermordung von Journalisten im April 1999 und Juni 2001 betreffen, nach wie vor ungelöst sind.⁴¹ Der Kommissar erwähnt einen weiteren ungelösten Fall aus dem Jahr 2007. Er betrifft einen Brandanschlag auf die Wohnung eines Journalisten der Zeitung Vreme.⁴² Diese Sorge teilt auch die Europäische Kommission, die in ihrem analytischen Bericht 2011 feststellt: „Die Ermittlungen zur Ermordung von Journalisten in den späten neunziger und frühen 2000er Jahren und anhaltende Drohungen gegen Journalisten haben nicht zur Identifikation ihrer Urheber geführt.“⁴³ Die Kommission fordert daher ein umfassenderes und aktiveres Vorgehen von Polizei und Gerichtsbehörden.⁴⁴ Die Kommission fordert die serbischen Behörden außerdem zu einem dezidierten Vorgehen im Falle von Angriffen und Androhungen von Seiten extremistischer Gruppen auf.⁴⁵ Auch der Menschenrechtskommissar des Europarats fordert effiziente Ermittlungen in allen Fällen von Gewalt gegen JournalistInnen im Einklang mit der Jurisprudenz des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs und den Richtlinien des Ministerrats des Europarats zur Beseitigung der Straffreiheit bei gravierenden Menschenrechtsverstößen.⁴⁶

Die Medienfreiheit in Serbien wird nicht nur durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung gefährdet, sondern auch durch die großzügige Auslegung des Verleumdungsverbots und seiner Anwendung auf JournalistInnen: Der Menschenrechtskommissar verweist auf zwei Verurteilungen Serbiens vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.⁴⁷ Sie betreffen zwei Fälle von Journalisten, die im Anschluss an ihre kritische Berichterstattung der Verleumdung für schuldig befunden wurden. Der Europäische

³⁷ Ibid., Abs. 162, S. 25

³⁸ Auf den Postern stand: „Wir informieren Sie, dass Radio Television B92 nach einer langen und schweren anti-serbischen Krankheit am 31. Januar 2011 plötzlich verstorben ist. Veran Matić, Brankica Stanković, Irena Stević, Tanja Janković, Mirjana Jevtović und andere Scheisse (sic!) organisieren die Beerdigung.“ Unterzeichnet war die Anzeige mit, die Hinterbliebenen aus Lazarevac (*Association of Independent Electronic Media* (ANEM) Five men indicted for putting up B92 death notices (Presseerklärung), 19. April 2012, verfügbar unter:

<http://www.anem.org.rs/en/medijskaScena/uFokusu/story/13399/Five+men+indicted+for+putting+up+B92+death+notices.html>)

³⁹ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011 ... , Abs. 163, S. 25

⁴⁰ Association of Independent Electronic Media (ANEM) Five men indicted for putting up B92 death notices (Presseerklärung), 19. April 2012, verfügbar unter:

<http://www.anem.org.rs/en/medijskaScena/uFokusu/story/13399/Five+men+indicted+for+putting+up+B92+death+notices.html>

⁴¹ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011 ... , Abs. 164, S. 25

⁴² Ibid.

⁴³ European Commission: Commission staff working paper analytical report Accompanying the document Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union ... , S. 25

⁴⁴ Ibid.

⁴⁵ Ibid., S. 39

⁴⁶ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011 ... , S. 3

⁴⁷ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011 ... , Abs. 153, S. 24.

Menschenrechtsgerichtshof stellte fest, dass diese Verurteilungen die Rechte der Journalisten auf freie Meinungsäußerung in unzulässiger Weise eingeschränkt habe.

Umgekehrt zeigt sich die Europäische Kommission besorgt, dass die serbischen Behörden nicht genug tun, um dafür Sorge zu tragen, dass serbische Medien die Grenzen der Meinungsfreiheit respektieren. Sie fordert ein besseres Monitoring von rassistischer und diffamatorischer Berichterstattung durch die staatliche Rundfunkbehörde.⁴⁸ Das amerikanische Außenministerium stellt diesbezüglich fest, dass das serbische Rundfunkgesetz die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zwar verbiete, dass verschiedene Boulevardzeitungen dennoch auch weiterhin homosexuellenfeindliche Artikel und Interviews mit rechtsextremen Gruppen veröffentlichen, die homosexuellenfeindliche Ansichten vertreten.⁴⁹ Ein besonders krasses Beispiel dazu findet sich im Jahresbericht des Belgrader Menschenrechtszentrums 2010. Er betrifft die Belgrader Boulevardzeitung Kurir, die am Vorabend der Gay Pride Parade einen Artikel veröffentlichte mit der Überschrift: „Astrologen: Es wird Blut fließen“.⁵⁰

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellt fest, dass serbische Medien nach wie vor überwiegend negativ über Angehörige einiger ethnischer Minderheiten, darunter auch Albaner und Bosniaken, berichten. Das serbische Strafgesetz enthalte keine spezifischen Vorkehrungen, die Hassreden unter Strafe stellten.⁵¹ Die gleiche Feststellung bezieht sich auch auf Roma. Serbische Medien zielten, so dass ECRI, nach wie vor auf Roma und erwähnen z.B. die ethnische Herkunft von Verdächtigen, wenn sie Roma sind.⁵²

In seinem Bericht weist das amerikanische Außenministerium darauf hin, dass Gruppen, die eine kritische Meinung öffentlich äußern, zuweilen Anfeindungen ausgesetzt sind.⁵³ Neben Gruppen, die sich kritisch zu den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien und zur Zusammenarbeit mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag äußern, erwähnt das Außenministerium auch Gruppen, die sich für die Rechte von Homosexuellen und Transsexuellen einsetzen. Das Außenministerium zitiert den Fall einer Gruppe, die kurz vor dem geplanten Termin für die Gay Pride Parade 2011 Drohschreiben über elektronische Medien erhielt.

Das wiederholte Verbot der Gay Pride Parade mit dem Hinweis auf befürchtete Gewalt von Seiten rechtsradikaler Gruppen stellt ebenfalls einen Verstoß gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit dar, wie auch die Europäische Kommission in ihrem jüngsten Fortschrittsbericht zu Serbien feststellt.⁵⁴ Das Europaparlament weist die serbische Regierung darauf hin, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu den Grundrechten und Grundwerten der Europäischen Union gehören, die von jedem Land, das Mitglied der Europäischen Union werden wolle, respektiert werden müssen.⁵⁵

⁴⁸ European Commission: Commission staff working paper analytical report Accompanying the document Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union ..., S. 14

⁴⁹ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 23

⁵⁰ Belgrade Centre for Human Rights: Human Rights in Serbia 2010, Belgrad, März 2011, S. 319, verfügbar unter: <http://english.bgcenter.org.rs/images/stories/Datoteke/human%20rights%20in%20serbia%202010.pdf>

⁵¹ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia (fourth monitoring cycle), Abs. 85, S. 24, verfügbar unter: <http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/country-by-country/serbia/SRB-CbC-IV-2011-021-ENG.pdf>

⁵² Ibid., Abs. 84, S. 24

⁵³ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 15

⁵⁴ European Commission: Commission staff working paper analytical report accompanying the document Communication from the Commission to the European Parliament and the Council: Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union ..., S. 14

⁵⁵ European Parliament: Enlargement report for Serbia: European Parliament resolution of 29 March 2012 on the European integration process of Serbia Abs. 32, S. 8, verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dsee/dv/0704_03/0704_03en.pdf

Auf diesen Punkt wird ausführlicher im Abschnitt zur Situation von Homo- und Transsexuellen in Serbien eingegangen.

5 Rassistische und rechtsextreme Gewalt

Aktivitäten rassistischer Gruppen

Der frühere Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, stellt in seinem Abschlussbericht zu einer Reise nach Serbien fest, dass rechtsextreme und nationalistische Gruppen in Serbien seit einigen Jahren wieder im Aufwind sind. Der Kommissar nennt Gruppen wie Nacionalni stroj (Sturmfront), Krv i čast (Blut und Ehre), Obraz (Ehre), sowie Skinheadgruppen und Fußballhooligans, die unter dem Namen Red United Force auftreten.⁵⁶

Der Kommissar stellt fest, dass diese Gruppen im Verdacht stehen, in den vergangenen Jahren Angriffe auf Menschenrechtsvertreter, Homo- und Transsexuelle, sowie Angehörige nationaler Minderheiten, insbesondere Roma und AlbanerInnen verübt zu haben. Er bezieht sich insbesondere auf die Verurteilung von sechs Mitgliedern einer rechtsextremen Gruppe im Januar 2011, denen die brutale Ermordung eines jungen französischen Fußballfans im September 2009 zu Lasten gelegt wurde.⁵⁷ Medienberichten zufolge standen insgesamt vierzehn Personen vor Gericht und wurden zu Gefängnisstrafen zwischen vier und 35 Jahren verurteilt. Bei der Verurteilung waren die Hauptverdächtigen, die in Abwesenheit zu Haftstrafen von 32 und 35 Jahren verurteilt wurden, noch immer flüchtig.⁵⁸

Insgesamt kritisieren internationale Organisationen, dass die serbische Regierung, die die Existenz dieser Gruppen einräumt,⁵⁹ nur zögerlich gegen diese vorgeht. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats (ECRI) hält fest, dass die serbischen Behörden zwar erklärt hätten, dass sie rassistische Vereinigungen, die offiziell eingetragen sind, verbieten wollten. Allerdings lägen ECRI keine Informationen über Verbote solcher Vereinigungen vor.⁶⁰

Das Belgrader Menschenrechtszentrum äußert grundsätzliche Zweifel an der Ernsthaftigkeit solcher Absichtserklärung, da viele Gruppen nicht offiziell eingetragen sind, bzw. sich stets als neue Gruppe wieder eintragen könnten. Dennoch stellt das Zentrum fest, dass das Verfassungsgericht, das 2010 ein vorbreitendes Treffen zum Verbot gewalttätiger Fußballfans organisierte, noch nicht über ein solches Verbot diskutiert hat. Das Zentrum übt außerdem scharfe Kritik an der Praxis der serbischen Behörden, Anzeigen gegen diese Gruppen einfach abzulehnen oder zu ignorieren und Verfahren auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Internationale Organisationen kritisieren auch das Fehlen offizieller Zahlen. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) schreibt in seinem Jahresbericht zu Hassverbrechen (hate crime) für 2011, dass ihm keine offiziellen Zahlen zu rassistisch motivierter Gewalt

⁵⁶ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Strasbourg, 22 September 2011, Abs. 73, S. 13, verfügbar unter: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1834869&Site=CommDH&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679>

⁵⁷ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011..., Abs. 74, S. 13

⁵⁸ Serbian hooligans convicted of murder of French football fan, *Radio France International (RFI)*, 25. Januar 2011, <http://www.english.rfi.fr/europe/20110125-serbian-hooligans-convicted-murder-french-football-fan>

⁵⁹ Ibid.

⁶⁰ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia, Abs. 79, S. 23, verfügbar unter: <http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/country-by-country/serbia/SRB-CbC-IV-2011-021-ENG.pdf>

vorliegen.⁶¹ Zur gleichen Feststellung kommt auch der ehemalige Menschenrechtskommissar des Europarats, der die Kritik von Nichtregierungsorganisationen am fehlenden Monitoring von rassistischer Gewalt und Hassverbrechen durch die serbischen Behörden übernimmt.⁶²

Kritik gibt es auch an der staatlichen Strafverfolgung und der fehlenden Prävention rassistischer Gewalt: 2009 stellte das Beratende Komitee zur Umsetzung der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten (Advisory Committee for the Framework Convention on National Minorities, ACFNM) des Europarats fest, dass die serbische Polizei und Gerichte nur unzureichend auf ethnisch motivierte bzw. rassistische Gewalt reagieren.⁶³ Das Komitee gegen Folter der Vereinten Nationen stellte seinerseits fest, dass die serbischen Behörden zwar Vorkehrungen trafen, damit rassistische Gewalt gegen Minderheiten strafrechtlich verfolgt werde; allerdings täten sie zu wenig, um Minderheiten bereits im Vorfeld vor rassistisch motivierter Gewalt zu schützen, insbesondere dann, wenn das Gewaltrisiko aufgrund aktueller politischer Ereignisse zunimmt.⁶⁴

Zwei Jahre später stellt die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats (ECRI) fest, dass die serbischen Behörden zwar Anstrengungen unternommen hätten, um die Urheber rassistischer Gewalt zu identifizieren, allerdings könnten sie mehr tun, damit diese anschließend auch festgenommen würden. Außerdem kritisiert das ECRI das Fehlen von Maßnahmen um Opfer und Zeuginnen rassistischer Gewalt zu ermutigen, Anzeige zu erstatten.⁶⁵

Interessanterweise kommt auch das serbische Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte als offizieller Autor der Strategie zur Integration der Roma zum gleichen Schluss. Dort heißt es: „Die häufigsten Fälle von Gewalt waren Angriffe durch Gruppen junger Männer (Skinheads, Fußballhooligans usw.), Einfälle in Romasiedlungen und die Zerstörung von Eigentum. Wenn es zu solchen Zwischenfällen kommt, reagiert die Polizei nicht effizient und es kommt oft vor, dass Roma nicht wie Opfer, sondern [im Gegenteil] wie Täter behandelt werden.“⁶⁶

Mehrere Organe des Europarats bemängeln die halbherzige Verfolgung rassistischer Gewalt und die im Strafmaß zu milden Urteile. Das ECRI stellt fest, dass die Strafen für rassistische Gewaltverbrechen im Allgemeinen niedrig sind und dass solche Verbrechen in der Regel mit niedrigen Geldstrafen belegt werden. Zudem bemängelt das ECRI, dass das serbische Strafgesetzbuch keine speziellen Vorkehrungen beinhaltet, die eine Bestrafung von rassistischen Aussagen ermöglichen. Die diesbezüglichen Artikel des Gesetzes zur öffentlichen Information und zum Verbot von Diskriminierung seien in ihrer praktischen Anwendbarkeit schwierig.⁶⁷

⁶¹ ODIHR: Hate crimes in the OSCE region: incidents and responses - annual report for 2011, Warschau, 16. November 2011, S. 48, verfügbar unter:

http://tandis.odhr.pl/hcr2011/pdf/Hate_Crime_Report_full_version.pdf

⁶² Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011...Abs. 77, S. 14

⁶³ Advisory Committee on the framework convention for the protection of national minorities: Second Opinion on Serbia adopted on 19 March 2009, S. 5, verfügbar unter:

http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/minorities/3_FCNMdocs/PDF_2nd_OP_Serbia_en.pdf

⁶⁴ United Nations Committee Against Torture: Consideration of reports submitted by States parties under article 19 of the convention Concluding observations of the Committee against Torture Serbia, Forty-first session 3-21 November 2008 (CAT/C/SRB/CO/1), 19 January 2009, S. 7, verfügbar unter:

<http://www.unhcr.org/refworld/type,CONCOBSERVATIONS,,SRB,4986bc0e0,0.html>

⁶⁵ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia, Abs. 134, S. 31

⁶⁶ Government of the Republic of Serbia: Strategy for improvement of the status of Roma in the Republic of Serbia, Belgrad 2010, S. 63, verfügbar unter:

<http://www.inkluzija.gov.rs/wp-content/uploads/2010/03/Strategija-EN-web-FINAL.pdf>

⁶⁷ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ... , S. 8, verfügbar unter:

<http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/country-by-country/serbia/SRB-CbC-IV-2011-021-ENG.pdf>

Der Menschenrechtskommissar des Europarats stellt aufgrund der Expertenaussage einer serbischen Nichtregierungsorganisation ebenfalls fest, dass die Bestrafung von rassistischer Gewalt und von Hassverbrechen generell sehr niedrig ausfällt und damit keinen präventiven Charakter hat.⁶⁸ Er zitiert außerdem die Bedenken der Nichtregierungsorganisation, wonach der rassistische Hintergrund von Angriffen gegen Roma in Verfahren nicht berücksichtigt wurde und die Strafen meist zur Bewährung ausgesetzt würden.⁶⁹

Das ECRI bemängelt, dass die Anzahl der Verfahren wegen rassistischer Gewalt insgesamt gering sei und keine offiziellen Statistiken vorliegen.⁷⁰

Gewalt von Seiten der Staatsorgane

Das amerikanische Außenministerium berichtet in seinem Jahresbericht 2012, dass die serbische Regierung Maßnahmen ergriffen hat, um gegen Fälle von Machtmissbrauch seitens der Polizei oder der Verwaltung vorzugehen. Das Außenministerium bemerkt allerdings auch, dass Beobachter davon ausgehen, dass viele Fälle von Machtmissbrauch, darunter Misshandlungen durch die Polizei weder angezeigt noch bestraft wurden.⁷¹

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) berichtet, dass die serbischen Behörden eine Abteilung geschaffen haben, deren Aufgabe es ist, die Rechtmäßigkeit der Polizeiarbeit und die Einhaltung der Menschenrechte zu überprüfen. Außerdem sei ein neues System eingerichtet worden, wobei ein Vertreter der Öffentlichkeit an der Anhörung von Klagen teilnimmt. Allerdings bemängelt ECRI das Fehlen eines von der Polizei und Staatsanwaltschaft unabhängigen Organs, das Klagen gegen die Polizei entgegennehmen und sich am Verfahren beteiligen kann.⁷²

Gewalt gegen Roma

Roma sind in besonderem Maße rassistischer Gewalt ausgesetzt. In ihrer Stellungnahme zu Serbiens Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellte die Europäische Kommission vor zwei Jahren fest, dass Roma in den letzten Jahren mehrfach Opfer rassistischer Übergriffe und Einschüchterungsversuche wurden.⁷³

Insgesamt kann man drei Tätergruppen ausmachen: Organisierte Gruppen wie Fußballhooligans und Skinheads, mehr oder weniger spontane Bevölkerungsansammlungen und schließlich die Polizei.

Das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR) zitiert einen Zwischenfall im Oktober 2010, bei dem Fußballhooligans im Anschluss an gewalttätige Übergriffe auf die Gay Pride Parade einen Molotowcocktail in eine von einer fünfköpfigen Romafamilie bewohnte Baracke in Belville im Belgrader Stadtteil Novi Beograd warfen. Die Familie konnte sich in Sicherheit bringen; ihre Unterkunft brannte jedoch vollständig aus.⁷⁴

⁶⁸ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011..., Abs. 76, S. 14

⁶⁹ Ibid., Abs 77, S. 14

⁷⁰ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., S. 8

⁷¹ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 1, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>

⁷² European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs 136, S. 31-2

⁷³ European Commission: Commission staff working paper analytical report *Accompanying the document* Communication from the Commission to the European Parliament and the Council:

Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union

{COM(2011) 668}, 2011, S. 32, verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2011/package/sr_analytical_rapport_2011_en.pdf

⁷⁴ Zapalili baraku sa detetom!, *Alo !*, 14.10.10, verfügbar unter: http://www.alo.rs/vesti/31899/Zapalili_baraku_sa_detetom

In seinem Jahresbericht 2012 erwähnt Amnesty International einen Brand in einer Romasiedlung in der Zvečanska Straße in Belgrad im November 2011. Die Siedlung, die aus zehn Baracken bestand, in denen circa 120 Personen lebten, brannte vollständig aus. Amnesty schreibt dazu, dass es begründete Vermutungen gebe, wonach der Brand von Fußballfans verursacht wurde.⁷⁵ Die serbische Zeitung Glas Javnosti schrieb, dass die BewohnerInnen der Siedlung vermuteten, dass es Fußballfans waren, die nach dem Spiel „Crvena Zvezda“ gegen „Partizan“ Molotowcocktails in die Siedlung warfen.⁷⁶

Das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (ODIHR) berichtet in seinem Jahresbericht zu Hassverbrechen 2011 von zwei Zwischenfällen. Einer dieser Zwischenfälle betrifft einen Drittklässler, der von drei jungen Männern geschlagen und beschimpft wurde. Das ODIHR hält fest, dass die drei Verdächtigen identifiziert wurden und Ermittlungen laufen. Im gleichen Jahr berichtet das ODIHR von zwei Angriffen, von denen einer zu schweren Verletzungen führte, sowie von einem Brandanschlag auf ein Gemeinschaftszentrum.⁷⁷

Das Budapester European Roma Rights Centre (ERRC) erwähnt insgesamt neun Zwischenfälle in seinem Bericht an die EU-Kommission für das Jahr 2011.⁷⁸ Fünf dieser Zwischenfälle betreffen rassistische Gewalt gegen Personen, in einem weiteren Fall kam es lediglich zu Sachbeschädigung mit Androhung von Gewalt. Die restlichen Fälle beziehen sich auf romafeindliche Graffitis. In der Mehrheit der Fälle, die Gewalt gegen Personen betreffen, sind sowohl Opfer als auch Täter unter 20 oder gerade 20 Jahre alt; in drei Fällen ist das Opfer minderjährig. In einem der zitierten Fälle ging die Gewalt von Vertretern der Staatsorgane aus, die einen Romajugendlichen ohne Vorwarnung bis zur Bewusstlosigkeit prügeln.

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz erwähnt einen Zwischenfall, der im Juni 2010 in der Ortschaft Jabuka in der Nähe der Stadt Pančevo in der autonomen Provinz Vojvodina stattfand. Nachdem ein Romajugendlicher einen etwa gleichaltrigen Serben bei einem Streit ermordet hatte, zogen Dorfbewohner in das dortige Romaviertel und griffen wahllos Häuser an. Ein Haus wurde angezündet und brannte bis auf seine Grundmauern ab. Die Polizei, die bei diesem Zwischenfall anwesend war, griff erst nach mehreren Tagen ein, um die Roma zu schützen.⁷⁹ Laut Belgrader Menschenrechtszentrum wagten sich die Roma, trotz einer anschließenden 24-Stunden-Bewachung durch die Polizei, einen Monat lang nicht aus ihren Häusern.⁸⁰

Die Polizei nahm insgesamt sechs von mehreren hundert Angreifern fest.⁸¹ Im März 2011 wurden sechs der zum Teil noch jugendlichen Angreifer wegen Anstachelung zu Rassenhass und Intoleranz zu Bewährungsstrafen zwischen ein und sechs Jahren Haft verurteilt. Das amerikanische Außenministerium stellt fest, dass diese Strafen unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Strafmaß liegen.⁸² Im Oktober 2011 legten sowohl Anklage als

⁷⁵ Amnesty International: Annual Report 2012: Serbia, verfügbar unter: <http://www.amnesty.org/en/region/serbia/report-2012>

⁷⁶ Romi iz kuća izgorelih u požaru privremeno u MZ, *Glas javnosti*, 28. November 2011, verfügbar unter: <http://www.glas-javnosti.rs/clanak/beograd/glas-javnosti-28-11-2011/romi-iz-kuca-izgorelih-u-pozaru-privremeno-u-mz>

⁷⁷ ODIHR: Hate crimes in the OSCE region: incidents and responses - annual report for 2011, Warschau, 16. November 2011, S. 57

⁷⁸ European Roma Rights Centre (ERRC): Serbia: EU Enlargement Programme 2012 ERRC report, Mai 2012, S. 2 und 3, verfügbar unter: <http://www.errc.org/cms/upload/file/ecprogress-serbia-2012.pdf>

⁷⁹ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ... , Abs. 78, S. 23. Siehe auch die ausführliche Darstellung des European Roma Rights Centre und des Belgrader Regional Centre for Minority Issues in einem Schreiben an den serbischen Innenminister Ivica Dačić vom 17. Juni 2010, verfügbar unter: <http://www.errc.org/cms/upload/file/serbia-jabuka-pancevo-protests-june-2010.pdf>

⁸⁰ Belgrade Centre for Human Rights: Human Rights in Serbia 2010, Belgrad, März 2011, S. 317

⁸¹ U.S. Department of State, BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: 2010 Country Reports on Human Rights Practices: Serbia, S. 29 - 30

⁸² U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 21 - 22

auch Verteidigung Berufung gegen dieses Urteil ein.⁸³ Der Romajugendliche wurde des Mordes überführt und erhielt eine Jugendstrafe von vier Jahren.⁸⁴

Im April 2012 kam es zu erneuten romafeindlichen Ausschreitungen im Belgrader Vorort Resnik.⁸⁵ Hintergrund dieser Ausschreitungen war die geplante zeitweilige Umsiedlung von Roma aus einer Barackensiedlung in Novi Beograd in Wohncontainer. BewohnerInnen des Vororts bewarfen die anwesende Polizei mit Flaschen und Steinen. Vierzehn Personen, darunter zwölf Polizisten, wurden verletzt, 20 Personen wurden festgenommen. Der Belgrader Bürgermeister Dragan Đilas nannte die Proteste rassistisch motiviert und hielt an seinen Umsiedlungsplänen fest.

Am 28. April berichtete der Leiter des Belgrader Romamuseums, Dragoljub Acković, von erneuten, rassistischen Schmierereien am Eingang des Museums.⁸⁶ Seit der Eröffnung des Museums vor sechs Monaten, sei es mindestens das zehnte Mal, dass der Eingang des Museums mit Hakenkreuzen und dergleichen beschmiert worden sei. Klagen bei der Polizei hätten kein Ergebnis gebracht.

Am 1. Mai 2012 fiel eine Gruppe von 15 bis 20 Hooligans in die Containersiedlung Jabučki Rit, in die Roma aus dem Belgrader Stadtteil Novi Beograd kurz zuvor umgesiedelt worden waren.⁸⁷ Sie riefen rassistische Sprüche und malten Hakenkreuze an einen der Container. Human Rights Watch stellt in seinem Weltbericht 2013 fest, dass zum Zeitpunkt, als der Bericht erstellt wurde, noch niemand im Zusammenhang mit diesem Angriff festgenommen worden war, und die Ermittlungen weiter liefen.⁸⁸

Am 27. Juni 2012 berichtete die Zeitung Blic, dass Roma aus dem Belgrader Stadtteil Krnjaca sich über anhaltende Angriffe durch Hooligans beschwerten.⁸⁹ Die Zeitung zitiert einen jungen Mann, der berichtete, dass die Angriffe ein Jahr zuvor anfangen, als seine Schwester abends auf dem Nachhauseweg von zwei jungen Männern brutal zusammengeschlagen worden sei. Der letzte Zwischenfall sei vor einem Monat erfolgt, als er und seine Frau sowie ihr zweijähriger Sohn beim Einkaufen fast überfahren worden seien. Laut Zeitungsbericht hätten sich auch andere BewohnerInnen des Stadtteils über eine Zunahme der Verbalattacken beschwert.

Am 30. Juli 2012 nahm die Polizei in Niš eine Gruppe von sechs Jugendlichen und jungen Männern, zwei davon noch minderjährig, fest, die drei Tage zuvor eine Gruppe von Roma im Zentrum der Stadt angegriffen und verletzt hatten. Ein rassistisches Motiv wurde unterstellt.⁹⁰

Gewalt von Seiten der Vertreter der Staatsorgane

In seiner Strategie zur Integration der Roma übernimmt das serbische Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte die Aussagen von serbischen und internationalen

⁸³ Ibid., S. 22

⁸⁴ Amnesty International: Annual Report 2012: Serbia, verfügbar unter: <http://www.amnesty.org/en/region/serbia/report-2012>

⁸⁵ Serbien: Rassistische Proteste zum Roma-Tag, *Euractiv*, 10. April 2012, Verfügbar unter: <http://www.euractiv.de/erweiterung-und-nachbarn/artikel/serbien-rassistische-proteste-zum-roma-tag-006178>

⁸⁶ Desti napad od otvaranja: Razbili reklamu na ulazu u Muzej romske kulture, *Beta*, 28.04.12, verfügbar unter : <http://www.24sata.rs/vesti/beograd/desti-napad-od-otvaranja-razbili-reklamu-na-ulazu-u-muzej-romske-kulture/38256.phtml>

⁸⁷ Rasistički napadi na Rome u Jabučkom Ritu, *Radio Slobodna Evropa*, 1.05.12, verfügbar unter: http://www.danas.org/content/rasisticki_napadi_na_rome_u_jabuckom_ritu/24566312.html; ERRC: Evicted Roma face attacks in new Belgrade settlement, 4. Mai 2012, verfügbar unter: <http://www.errc.org/article/evicted-roma-face-attacks-in-new-belgrade-settlement/3984>

⁸⁸ Human Rights Watch : World Report 2013: Serbia, verfügbar unter : <http://www.hrw.org/world-report/2013/country-chapters/serbia>

⁸⁹ Romi iz Krnjace na meti huligana, *Blic*, 27.06.12, verfügbar unter: <http://www.blic.rs/Vesti/Beograd/330431/Romi-iz-Krnjace-na-meti-huligana>

⁹⁰ Pretučeni Romi u centru Niša, *Kurir*, 30.07.12, verfügbar unter: <http://www.kurir-info.rs/pretuceni-romi-u-centru-nisa-clanak-342773>; Vredali i tukli Rome u centru Niša, *Južne vesti*, 30.07.2, verfügbar unter: <http://www.juznevesti.com/Hronika/Vredjali-i-tukli-Rome-u-centru-Nisa.sr.html>

Menschenrechtsorganisationen und Regierungen, wonach Roma teilweise auch Opfer von verbaler und körperlicher Gewalt von Seiten der Polizei werden. Das Ministerium berichtet weiter, dass Roma diese Fälle meist nicht zur Anzeige bringen, da sie nur unzureichend über ihre Rechte informiert seien oder Angst vor Repressalien haben. Selbst in Fällen, wo Roma Gewalt von Seiten der Polizei zur Anzeige gebracht haben, seien die Ermittlungen hinausgezögert worden.⁹¹

Internationale Menschenrechtsorganisationen berichten von zwei Fällen, die bereits einige Jahre zurückliegen, von denen einer aber erst im vergangenen Jahr bekannt wurde:

Der Menschenrechtskommissar, Thomas Hammarberg, bezieht sich auf den Fall von Besmin Osmani und seinem vierjährigen Sohn, die während der Räumung und anschließenden Zerstörung einer Romasiedlung in Belgrad im Juni 2000 von Polizeikräften verprügelt worden waren. Im Juli 2009 befand das Komitee gegen Folter der Vereinten Nationen, dass Serbien mit dieser Aktion gegen die internationale Konvention zum Schutz vor Folter verstoßen hatte.⁹²

Amnesty International und das amerikanische Außenministerium berichten von einem Video, das im Juni 2011 auf Youtube auftauchte und zeigte, wie Polizeibeamte in Vrsac einen jungen Roma mehrfach schlugen.⁹³ Zwei Polizeibeamte wurden daraufhin des Missbrauchs und der Folter beschuldigt und festgenommen. Laut Amnesty International ließ das serbische Innenministerium seine Anschuldigungen allerdings wieder fallen, nachdem das Opfer im Juli 2011 im Zusammenhang mit einem Diebstahl festgenommen wurde.

Im Zusammenhang mit diesem Fall erklärte Ivan Kuzmanović, ein Vertreter des serbischen Helsinki-Komitees, gegenüber den Medien, dass Polizeigewalt ein weitverbreitetes Phänomen sei, was er unter anderem auf einen Mangel an internen Kontrollen zurückführe. Er berichtete, dass seine Organisation etwa 300 Insassen serbischer Gefängnisse befragt habe, von denen mehr als 200 berichtet hätten, dass sie Folter von Seiten der Polizei erlitten hätten.⁹⁴

In seinem Bericht zu den Einschränkungen der Menschenrechte von Roma im Zuge der Visaliberalisierung berichtet das Belgrader Zentrum für Minderheitenrechte, dass Angriffe auf Roma infolge des rassistischen Diskurses in den Medien zugenommen hätten. In seinem Bericht an die Europäische Kommission führt das Budapester European Roma Rights Center (ERRC) sechs Fälle von Gewalt gegen Roma im Jahr 2011 auf, einen davon durch die Polizei und mehrere Fälle romafeindlicher Graffitis.⁹⁵ Das ERRC schreibt dazu, dass Gewalt gegen Roma in Serbien ein anhaltendes Problem sei.

Auch die amerikanische NGO Freedom House stellt fest, dass Angriffe auf Roma häufig sind⁹⁶. Die NGO bezieht sich unter anderem auf einen Artikel von Goran Necin, der mehrere Übergriffe auf Roma Anfang 2011 schildert und feststellt, dass die Intoleranz gegen Roma

⁹¹ Government of the Republic of Serbia: Strategy for improvement of the status of Roma in the Republic of Serbia, Belgrad 2010, S. 63, verfügbar unter: <http://www.inkluzija.gov.rs/wp-content/uploads/2010/03/Strategija-EN-web-FINAL.pdf>

⁹² Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011... , Abs. 87, S. 15

⁹³ Amnesty International: Annual Report 2012: Serbia; U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 2

⁹⁴ Serbia: Minister apologises to Roma Gypsy family for police, *Adnkronos*, 28. Juni 2011, verfügbar unter: [brutality, verfügbar unter: http://www.adnkronos.com/IGN/Aki/English/Security/Serbia-Minister-apologises-to-Roma-Gypsy-family-for-police-brutality_312183846317.html](http://www.adnkronos.com/IGN/Aki/English/Security/Serbia-Minister-apologises-to-Roma-Gypsy-family-for-police-brutality_312183846317.html)

⁹⁵ European Roma Rights Center (ERRC): Serbia: EU Enlargement Programme 2012 ERRC report, Budapest, Mai 2012, S. 2-3, verfügbar unter: <http://www.errc.org/cms/upload/file/ecprogress-serbia-2012.pdf>

⁹⁶ Freedom House : Nations in Transit: Serbia, S. 483, verfügbar unter: www.freedomhouse.org/report/nations-transit/2012/serbia

tief in der serbischen Gesellschaft verwurzelt sei und sich immer häufiger in Gewalt entlade.⁹⁷

6 Korruption

Serbien steht auf Platz 80 des internationalen Korruptionsindexes, der alljährlich von Transparency International erstellt wird.⁹⁸ Das Land erhält die Note 39 von hundert, womit es nach wie vor zu den Staaten gehört, die von ihren BürgerInnen als sehr korrupt empfunden werden, obwohl sich seine Position gegenüber den Vorjahren verbessert hat.

Das Europaparlament stellt in seiner abschließenden Resolution zum Fortschrittsbericht 2011 über Serbien fest, dass die Überschneidung von politischen Parteien und privaten Interessen die Korruption fördere, die systemisch sei.

Das amerikanische Außenministerium zitiert mehrere Affären, die insbesondere Firmenverkäufe betreffen.⁹⁹ Außerdem erwähnt das Außenministerium die Festnahme von über 100 Beamten des Außenministeriums, die beschuldigt werden, an verschiedenen Korruptionsaffären, unter anderem auch Schmuggelaktivitäten an der Grenze mit Kosovo, beteiligt zu sein.¹⁰⁰

Die Europäische Kommission berichtet, dass der Sonderstaatsanwalt zur Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens 2011 Ermittlungen in 115 Korruptionsfällen eingeleitet habe. Die Zahl der Ermittlungen in Korruptionsaffären, die untere Verwaltungsebenen betreffen, habe zugenommen, allerdings würde die Bestrafung in den meisten Fällen gering ausfallen.¹⁰¹ Das Europaparlament fordert ein effizientes Vorgehen in hochrangigen Fällen sowie einen angemessenen Schutz von Personen, die Korruptionsfälle aufdecken.¹⁰²

Die Omnipräsenz von Korruption, die von der Europäischen Kommission beschrieben und kritisiert wird¹⁰³, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensrealität der serbischen Bevölkerung: Wie am Beispiel des Gesundheitssektors deutlich wird, führt sie dazu, dass ein Teil der Bevölkerung, insbesondere diejenigen, die arm sind oder keine Beziehungen haben, ihre Grundrechte nur begrenzt oder gar nicht wahrnehmen können.

Wie die Deutsche Presse Agentur (DPA) berichtet, ist der Zugang zum serbischen Gesundheitssystem theoretisch kostenlos.¹⁰⁴ Trotzdem werden die PatientInnen immer wieder aufgefordert, Zuzahlungen zu leisten, ohne die sie medizinische Leistungen nicht in Anspruch nehmen können.

⁹⁷ Eskalacija nasilja prema Romima, *e-novine*, 6.04.11, verfügbar unter: <http://www.e-novine.com/drustvo/46416-Eskalacija-nasilja-prema-Romima.html>

⁹⁸ Transparency International: Corruption Perceptions Index 2012: Serbia, verfügbar unter: <http://www.transparency.org/country#SRB>.

⁹⁹ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>

¹⁰⁰ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>

¹⁰¹ European Commission: Commission staff working paper analytical report Accompanying the document Communication from the Commission to the European Parliament and the Council:

Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union (COM(2011) 668), 2011, S. 12, verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/sr_rapport_2012_en.pdf

¹⁰² Ibid.

¹⁰³ Ibid.

¹⁰⁴ Serbia's low-cost health-care system breeds corruption, *Deutsche Presseagentur*, 10. Februar 2011, verfügbar unter: http://news.monstersandcritics.com/health/features/article_1618449.php/Serbia-s-low-cost-health-care-system-breeds-corruption-News-Feature

Laut einer Umfrage der Weltgesundheitsorganisation aus dem Jahr 2010 mussten 59 Prozent der PatientInnen solche Zuzahlungen für das Ausstellen von Rezepten und für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen leisten.¹⁰⁵ Schätzungen zufolge machen diese Zuzahlungen zwischen 25 und 35 Prozent der Gesamtausgaben für medizinische Leistungen aus und machen sie für Personen mit geringem Einkommen zum Teil unbezahlbar.¹⁰⁶

Laut Einschätzung des Vorsitzenden des Europäischen Netzwerks European Healthcare Fraud & Corruption, Paul Wincke, leiden 2,5 Millionen Menschen in Serbien unter den Folgen der Korruption im serbischen Gesundheitssystem, die Wincke als teilweise katastrophal bezeichnet.¹⁰⁷ Auch das Europaparlament hält die Korruption im serbischen Gesundheitssektor für „besonders besorgniserregend“.¹⁰⁸

Die DPA führt die massive Präsenz von Korruption im öffentlichen Gesundheitswesen auf die niedrigen Gehälter von Ärzten und Pflegepersonal zurück. Die DPA zitiert Umfragen, wonach die Ärzteschaft zu den korruptesten Berufsgruppen in Serbien zählt.¹⁰⁹

7 LGBT – Schwule, Lesben, Transsexuelle

Wie aus mehreren Berichten nationaler und internationaler Organisationen übereinstimmend hervorgeht, werden Homosexuelle in Serbien mit hartnäckigen Vorurteilen konfrontiert. Diese sind weitverbreitet und begründen unterschiedliche Formen von Diskriminierung und Intoleranz. Zuweilen entladen sie sich auch in unmittelbarer, physischer Gewalt gegen Homosexuelle und Transsexuelle. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass hochrangige Persönlichkeiten ihre homophoben Ansichten öffentlich äußern und somit dazu beitragen, homophobe Tendenzen in der serbischen Gesellschaft zu stärken und zu legitimieren.¹¹⁰

In seinem Jahresbericht 2011 spricht der serbische Ombudsmann Saša Janković von einem hohen Maß an Intoleranz, starken Vorurteilen und einer weitverbreiteten Homophobie.¹¹¹ Als Beleg zitiert er mehrere Studien, aus denen hervorgeht, dass ein großer Teil der serbischen Bevölkerung Homosexualität für eine Krankheit hält¹¹² und den Kontakt mit Homosexuellen ablehnt.¹¹³

¹⁰⁵ Zitiert nach: Schweizer Flüchtlingshilfe (SFH/OSAR): Zugang Angehöriger der Roma-Ethnie zu Gesundheitsdiensten und Sozialhilfe in Serbien - Gutachten der SFH-Länderanalyse, 4. Oktober 2012, S. 5-6, verfügbar unter: <http://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/europa/serbien/zugang-angehoeriger-der-roma-ethnie-zu-gesundheitsdiensten-und-sozialhilfe-in-serbien>

¹⁰⁶ Siehe dazu: Schweizer Flüchtlingshilfe (SFH/OSAR): Zugang Angehöriger der Roma-Ethnie zu Gesundheitsdiensten und Sozialhilfe in Serbien ... , S. 5-6, verfügbar unter: <http://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslaender/europa/serbien/zugang-angehoeriger-der-roma-ethnie-zu-gesundheitsdiensten-und-sozialhilfe-in-serbien>

¹⁰⁷ "Corruption in Serbian health care institutionalized", *B92*, 1.07.11, verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/society-article.php?yyyy=2011&mm=07&dd=01&nav_id=75224

¹⁰⁸ European Parliament: Enlargement report for Serbia: European Parliament resolution of 29 March 2012 on the European integration process of Serbia (2011/2886(RSP) (P7_TA-PROV(2012)0114), Brüssel, 29. März 2012, Abs. 11, S. 5, verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dsee/dv/0704_03/0704_03en.pdf

¹⁰⁹ Serbia's low-cost health-care system breeds corruption, *Deutsche Presseagentur*, 10. Februar 2011, verfügbar unter: http://news.monstersandcritics.com/health/features/article_1618449.php/Serbia-s-low-cost-health-care-system-breeds-corruption-News-Feature

¹¹⁰ So bezeichnet ein hochrangiger Vertreter der Orthodoxen Kirche Serbiens und Montenegros, die TeilnehmerInnen der Gay Pride 2010 als „sodomitischen Abschaum“ und als eine Plage. (siehe: Belgrade Centre for Human Rights: Human Rights in Serbia 2010, Belgrad, März 2011, S. 305, verfügbar unter: <http://english.bgcentar.org.rs/images/stories/Datoteke/human%20rights%20in%20serbia%202010.pdf>)

Vergangenes Jahr forderte der Vorsitzende der serbisch-orthodoxen Kirche Irinej die serbischen Behörden auf, die Parade, die er als tragikomischen „Schandmarsch“ bezeichnete, zu verbieten. Er erklärte, dass diese Parade, „einen starken moralischen Schatten auf Belgrad, Serbiens langjährige katholische Kultur und die Ehre der Familie als Grundeinheit der Menschheit“ werfe. (Gay Pride March Banned in Serbia, *The Advocate*, 3.10.12, verfügbar unter: <http://www.advocate.com/news/world-news/2012/10/03/gay-pride-march-banned-serbia>)

¹¹¹ Protector of Citizens: 2011 Annual report, Belgrad 2011, verfügbar unter: <http://www.ombudsman.rs/index.php/lang-sr/izvestaji/godisnji-izvestaji>

¹¹² So geht aus seiner Studie der „Gay-Straight Alliance“ aus dem Jahr 2011 hervor, dass 67 Prozent aller serbischen BürgerInnen Homosexualität für eine Krankheit halten und die Hälfte der Bevölkerung keine Homosexuellen in ihrem Verwandtenkreis dulden würden. (The Gay-Straight Alliance: Step-by-step - Report on the Human Rights of LGBT Persons in

Der frühere Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, schreibt in seinem Abschlussbericht zu einer Reise nach Serbien im Juni 2011, dass Homophobie nach wie vor ein „ernsthaftes Problem der serbischen Gesellschaft“ sei. Er bezieht sich unter anderem auf eine Studie der nationalen Gleichstellungsbehörde aus dem Jahr 2010, aus der hervorgeht, dass homo- und transsexuelle Personen aufgrund von weitverbreiteten Vorurteilen nach wie vor diskriminiert werden.¹¹⁴ Als Beispiel dazu nennt er Mobbing in der Schule.

Der Menschenrechtskommissar weist außerdem darauf hin, dass Homosexuelle und Personen, die sich für die Rechte von Homosexuellen einsetzen, mit Anfeindungen konfrontiert sind.¹¹⁵ Er verwendet in dem Zusammenhang den Begriff der „victimisation“, der in Deutschland eher weniger verbreitet ist. Er bedeutet, dass eine Person durch besondere Umstände, z.B. indem ihr öffentlicher Einsatz für ihre Rechte sichtbar wird, Gefahr läuft, abermals Opfer von Gewalt und Anfeindungen zu werden.

Der Menschenrechtskommissar weist darauf hin, dass Homosexuelle und Transsexuelle oftmals zögern, gerichtlich gegen diese Anfeindungen vorzugehen. Er fordert die serbischen Behörden und Gerichte zu einem dezidierten Vorgehen gegen Diskriminierung und Gewalt gegen Homosexuelle auf.¹¹⁶

In ihrem jüngsten Fortschrittsbericht führt die Europäische Kommission Homo- und Transsexuelle unter denjenigen gesellschaftlichen Gruppen auf, die am ehesten riskieren, Opfer von Diskriminierung und Gewalt zu werden.¹¹⁷ Die Kommission stellt dazu fest, dass die serbischen Behörden nur sehr zögerlich auf Übergriffe gegen diese Gruppen reagieren, und mahnt sie zu einem „proaktiven Vorgehen“ an, um die Integration von Homosexuellen und ihre Akzeptanz innerhalb der serbischen Bevölkerung zu fördern.¹¹⁸

Das amerikanische Außenministerium sieht ebenfalls ein „ernsthaftes Problem“ in der Diskriminierung und Gewalt gegenüber von Homo- und Transsexuellen. In seinem Menschenrechtsbericht 2011 erwähnt das Außenministerium sowohl eine anhaltende Negativberichterstattung in den Medien¹¹⁹ als auch eine Vielzahl von Übergriffen, von denen

Serbia 2010, Belgrad, 2011, verfügbar unter: www.gsa.org.rs, zitiert nach: Protector of Citizens: 2011 Annual report, Belgrad 2011, Fn. 88, S. 63)

Der Ombudsmann zitiert außerdem eine nichtrepräsentative Umfrage des serbischen Helsinki-Komitees aus dem Jahr 2011, aus der hervorgeht, dass Homosexuellenfeindlichkeit auch unter Schülern und Jugendlichen stark verbreitet ist. Die Autorin dieser Studie kam zum Schluss, dass 29,1 Prozent aller befragten GymnasialschülerInnen mäßig und 28,7 Prozent stark homosexuellenfeindlich sind. Rund ein Fünftel aller befragten SchülerInnen gaben sogar an, dass sie Homosexuelle aus ihrer Schule herausschmeißen würden, ein weiteres Fünftel waren in ihrer Meinung unentschieden. (Radoman, Marija, the Helsinki Committee for Human Rights in Serbia: Book Nr. 31, 2011, zitiert nach: Protector of Citizens: 2011 Annual report, Belgrad 2011, Fn. 89, S. 64)

¹¹³ The Gay-Straight Alliance: Step-by-step - Report on the Human Rights of LGBT Persons in Serbia 2010, Belgrad, 2011, verfügbar unter: www.gsa.org.rs, zitiert nach: Protector of Citizens: 2011 Annual report, Belgrad 2011, S. 63, Fn. 88

¹¹⁴ 2010 Annual report of the Commissioner for the Protection of Equality, verfügbar unter: <http://www.ravnopravnost.gov.rs>, zitiert nach: Commissioner for Human Rights: Reports by Thomas Hammarberg ..., Absatz 117. Ein Beispiel dazu findet sich im Menschenrechtsbericht des amerikanischen Außenministeriums für das Jahr 2012. Dort heißt es, dass eine Vereinigung, die sich für die Rechte der Homosexuellen einsetzte, bis kurz vor dem geplanten Termin für die Gay Pride 2011, Drohschreiben per Email und über soziale Medien erhielt. (siehe: U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>, S. 15)

¹¹⁵ Ibid.

¹¹⁶ Commissioner for Human Rights: Reports by Thomas Hammarberg ..., Abs. 117 und 140

¹¹⁷ Andere Gruppen sind: Roma, Frauen und Behinderte.

¹¹⁸ European Commission: Commission staff working document: Serbia 2012 Progress report accompanying the document, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013, Brüssel, 10.10.2012 (SWD(2012) 333 final), verfügbar unter: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/sr_rapport_2012_en.pdf, S. 46

¹¹⁹ U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices for 2011, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>, S. 23

die meisten aufgrund eines aus mangelndem Vertrauen in die Sicherheitskräfte und Angst vor Repressalien nicht zur Anzeige gebracht würden.¹²⁰

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) berichtet in seinem Jahresbericht 2011 zu Gewaltverbrechen im OSZE-Raum von mehreren Überfällen auf Homosexuelle in Serbien.¹²¹ Dazu gehören ein Angriff auf eine lesbische Frau in Belgrad im Oktober 2011 und mehrere Angriffe auf schwule Männer und Jugendliche. Einige dieser Angriffe sind auch im Jahresbericht von Amnesty International verzeichnet.¹²²

Das Belgrader Menschenrechtszentrum zitiert in seinem Jahresbericht 2010 eine Umfrage der serbischen Vereinigung Gay-Straight Alliance, ebenfalls aus dem Jahr 2010, bei der einige Befragten angaben, dass sie Opfer von Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung geworden seien. Ein weitaus größerer Teil kannte jedoch eine oder mehrere Personen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Opfer von Gewalt geworden waren.¹²³

Mehrere Berichte beziehen sich auf das Verbot der Gay Pride Parade im Oktober 2011.¹²⁴ Als Gründe für dieses Verbot nannten die serbischen Behörden Sicherheitsbedenken, d.h. mögliche Übergriffe von Seiten rechtsextremer Gruppen. Allerdings halten viele Beobachter dieses Argument für vorgeschoben.¹²⁵ Im Januar 2012 äußerten die Berichtersteller der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zwar ein gewisses Verständnis für diese Entscheidung, stellten aber fest, dass es inakzeptabel ist, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit nicht ausgeübt werden konnte. Sie forderten die serbischen Behörden auf, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit zu garantieren.¹²⁶

Im Oktober 2012 wurde die Gay Pride Parade abermals, und mit den gleichen Argumenten, verboten. Die Europäische Kommission kritisierte dieses Verbot scharf, indem sie feststellte, dass es gegen die Grundrechte verstößt.¹²⁷ Ähnlich äußerte sich auch die Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen, Navi Pillay, die feststellte, dass es die Aufgabe der Staaten sei, Vorurteilen entgegenzutreten, statt sich ihnen zu unterwerfen.¹²⁸

Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, zeigte sich in einer Presseerklärung überrascht über das erneute Verbot der Gay Pride Parade und drückte sein Bedauern aus.¹²⁹

¹²⁰ U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices for 2011, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>, S. 15 und 23

¹²¹ ODIHR: Hate crimes in the OSCE region: incidents and responses. Annual report for 2011 Warsaw, November 2012, S. 84, siehe auch Einzelfalldarstellung S. 88, verfügbar unter: http://tandis.odhr.pl/hcr2011/pdf/Hate_Crime_Report_full_version.pdf

¹²² European Commission: Commission staff working document: Serbia 2012 Progress report ..., S. 14 und 16; Department of State: Country Reports on Human Rights Practices for 2011, S. 9 und 23; Amnesty International: World Report – Serbia 2012, verfügbar unter:

<http://www.amnesty.org/en/region/serbia/report-2012>

¹²³ S. 305. Der vollständige Bericht mit dem Titel „Prejudices Exposed – Homophobia in Serbia 2010“ auf der Webseite der Gay-Straight Alliance unter: <http://gsa.org.rs/wp-content/uploads/2012/04/Research-Prejudices-Exposed-2010-GSA.pdf> verfügbar.

¹²⁴ Siehe z.B.: European Commission: Commission staff working document: Serbia 2012 Progress report ..., S. 14 und 16;

U.S. Department of State: Country Reports on Human Rights Practices for 2011 ..., S. 9, 15 und 23; Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012, verfügbar unter: <http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>

¹²⁵ Siehe: Amnesty International: Annual Report 2012: Serbia, verfügbar unter: <http://www.amnesty.org/en/region/serbia/report-2012>

¹²⁶ Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012, Abs. 172, verfügbar unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>

¹²⁷ Strasbourg concerned as Belgrade bans gay pride again, *BBC*, 4. Oktober 2012, verfügbar unter:

<http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-19831785>

¹²⁸ UN urges Serbia to reverse Belgrade gay pride ban, *Gaystar*, 4. Oktober 2012, verfügbar unter:

<http://www.gaystarnews.com/article/un-urges-serbia-reverse-belgrade-gay-pride-ban041012>

¹²⁹ Secretary General Jagland “surprised and disappointed” about ban of “Belgrade Pride”, Presseerklärung DC101(2012), 3. Oktober 2012, verfügbar unter:

<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1983785&Site=DC&BackColorInternet=F5CA75&BackColorIntranet=F5CA75&BackColorLogo=A9BACE>

Die BürgerInnen sollten in der Lage sein, ihr Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung auszuüben. Serbien müsse in der Lage sein, die Durchführung einer solchen Veranstaltung zu garantieren.

Der serbische Premierminister Ivica Dačić reagierte ungehalten auf die Kritik aus dem Ausland. Medienberichten zufolge erklärte er, dass niemand, weder die EU noch irgendein anderer Staat oder eine extremistische Gruppe vorschreiben werde, was in Belgrad zu geschehen habe. Das Verbot der Gay Pride Parade sei ein Sieg für Serbien, so Dačić.¹³⁰ Es werde ein ruhiger Samstag.

In einem anderen Kontext rechtfertigte er die Entscheidung, indem er darauf hinwies, dass 80 Prozent der serbischen BürgerInnen gegen die Gay Pride Parade seien. Falls diese jedoch dennoch stattgefunden hätte, wären Angriffe auf ausländische Botschaften, insbesondere auf die Botschaften westlicher Länder nicht ausgeblieben. Auch mit weiteren 5000 Polizeibeamten hätte man solche Ausschreitungen nicht verhindern können.¹³¹

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats zeigte sich besorgt über homosexuellenfeindliche Äußerungen einiger serbischer Politiker. Sie nahm die Verurteilung des Bürgermeisters von Jagodina und Vorsitzenden der Partei Jedinstvena Srbija (Vereinigtes Serbien), Dragan Marković, am 2. November 2011 durch das Erste Kommunale Gericht in Belgrad wegen „ernsthafter Diskriminierung von Homo- und Transsexuellen“, für Äußerungen, die er am 15. August 2011 gemacht hatte, zur Kenntnis.¹³² Marković hatte erklärt, dass seine Partei und auch er der Meinung seien, dass Homosexuelle nicht in den Straßen von Belgrad demonstrieren sollten, da das, was sie öffentlich vorführten, eine Krankheit und nicht normal sei. Marković wurde zu einer symbolischen Geldstrafe von 150 Euro verurteilt und musste die Verfahrenskosten tragen.¹³³ Am 19. September 2012 hob das Belgrader Berufungsgericht seine Verurteilung wieder auf.¹³⁴

8 Ethnische Minderheiten/Minderheitenschutz (allgemein)

Die Europäische Kommission stellt in ihrem Fortschrittsbericht 2012 fest, dass es im Bereich des Schutzes von Minderheitenrechten und kulturellen Rechten kaum Fortschritte gegeben hat. Serbien verfüge zwar mittlerweile über eine umfassende Gesetzgebung zum Schutz ethnischer Minderheiten. Allerdings müsse ihre Umsetzung landesweit verbessert und Schwachstellen ausgebessert werden. Die Lage von Roma und der Binnenvertriebenen sei weiterhin schwierig.¹³⁵

Die Berichte internationaler Organisationen gehen insbesondere auf die Lage von drei ethnischen Minderheiten ein, die besonders stark benachteiligt werden: Albaner und Bosniaken, die vor allem in Südserbien bzw. in der als Sandžak¹³⁶ bezeichneten Region leben, sowie Roma.

¹³⁰ Ban on Pride Parade not defeat but victory, PM says, *B92*, 4. Oktober 2012, verfügbar unter:

http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2012&mm=10&dd=04&nav_id=82485

¹³¹ "80 percent of citizens" against gay Pride Parade, *BETA*, 6.10.12

¹³² Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012, verfügbar unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>

¹³³ Siehe dazu: Serbischer Politiker wegen homofeindlicher Äußerungen verurteilt, *homoehe.gg.at*, verfügbar unter:

http://homoehe.ggg.at/index.php?id=163&L=0&tx_ttnews%5Btt_news%5D=4030&cHash=324dc666cea4aecf38ab2ad004e12a1

¹³⁴ *Verdict against Dragan Markovic Palma is revoked, Gay-Straight Alliance, Presseerklärung, 19.09.12, verfügbar unter:*

<http://en.gsa.org.rs/2012/09/verdict-against-dragan-markovic-palma-is-revoked/>

¹³⁵ European Commission: Commission staff working document: Serbia 2012 Progress report accompanying the document, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013, Brüssel, 10.10.2012 (SWD(2012) 333 final), S. 16-18 und 51, verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/sr_rapport_2012_en.pdf

¹³⁶ Der Sandžak bezeichnet ein Territorium, das sich heute über den Nordosten Montenegros, den Südwesten Serbiens und Teile des Kosovos erstreckt.

Dieser Abschnitt behandelt ausschließlich die Situation der AlbanerInnen in Südserbien sowie der Bosniaken im nördlichen Sandžak. Internationale Organisationen stellen übereinstimmend fest, dass das wesentliche Problem dieser Bevölkerungsgruppen in der wirtschaftlichen Unterentwicklung der südlichen Landesteile liegt, die sich unter anderem in einer hohen Arbeitslosigkeit niederschlägt. Hinzu kommt, dass diese Minderheiten in der öffentlichen Verwaltung, einschließlich der Gerichtsbarkeit, massiv unterrepräsentiert sind.

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellt dazu erläuternd fest, dass Vertreter der beiden Minderheitengruppen die hohe Arbeitslosigkeit auf eine Kombination von Diskriminierung im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt zurückführen.¹³⁷

Das ECRI moniert, dass sehr wenig getan wurde, um Arbeitsplätze in der Region um Preševo, Bujanovac und Medveda zu schaffen, in der die Mehrheit der Albaner Serbiens lebt. Das ECRI hebt hervor, dass 70 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter arbeitslos sind.¹³⁸ Auch im Falle des nördlichen Sandžak wirft das ECRI den serbischen Behörden vor, nicht genug für die wirtschaftliche Entwicklung der Region getan zu haben. Die Infrastruktur sei in dieser überwiegend von Bosniaken bewohnten Region mangelhaft.¹³⁹

Die Europäische Kommission und das Parlament fordern Serbien auf, mehr für die wirtschaftliche und soziale Region der südlichen Landesteile zu machen und Strategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu entwickeln.¹⁴⁰

Die Situation der AlbanerInnen in Südserbien

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) legt dar, dass viele BewohnerInnen diese Region (Südserbien) aufgrund der prekären wirtschaftlichen Lage verlassen.¹⁴¹ Zur gleichen Feststellung kommen auch die Berichtersteller der parlamentarischen Versammlung des Europarats, die festhalten, dass Armut und Arbeitslosigkeit die Binnenmigration der albanischen Minderheit fördern.¹⁴²

Das ECRI hebt außerdem die Abwesenheit von Bildungsmöglichkeiten in albanischer Sprache und einer Universität hervor, sowie die Tatsache, dass die serbischen Behörden Studienabschlüsse aus dem Kosovo und Albanien, wo die AlbanerInnen bevorzugt studieren, nicht anerkennen.¹⁴³

Das ECRI nimmt den Aufbau einer multiethnischen Polizei zur Kenntnis.¹⁴⁴ Im gleichen Zusammenhang weisen die Berichtersteller der parlamentarischen Versammlung des Europarats darauf hin, dass das serbische Innenministerium 2011 eine Kampagne startete, um Minderheiten zu ermutigen, sich für eine Ausbildung im Ausbildungszentrum der Polizei in Sremska Kamenica zu bewerben. Schließlich seien 12 Angehörige der albanischen Minderheiten als Teil einer Maßnahme zur Förderung einer gleichmäßigen Vertretung von

¹³⁷ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia (fourth monitoring cycle) (CRI(2011)21), verabschiedet am 23. März 2011, veröffentlicht am 31. Mai 2011, Abs. 46, S. 18, verfügbar unter: <http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/country-by-country/serbia/SRB-CbC-IV-2011-021-ENG.pdf>

¹³⁸ Ibid., S. 8

¹³⁹ Ibid., S. 9

¹⁴⁰ European Commission: Commission staff working document : Serbia 2012 Progress report accompanying the document ... , S. 17 und 18; European Parliament: Enlargement report for Serbia: European Parliament resolution of 29 March 2012 on the European integration process of Serbia, Brüssel, 29. März 2012, S. 8, verfügbar unter: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dsee/dv/0704_03/0704_03en.pdf

¹⁴¹ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 106, S. 27

¹⁴² Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012, Abs. 145, verfügbar unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>

¹⁴³ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 107

¹⁴⁴ Ibid., Abs. 108, S. 28

Angehörigen nationaler Minderheiten bei der Einstellung zurückbehalten worden.¹⁴⁵ Trotzdem stellt das ECRI fest, dass ethnische AlbanerInnen bei den Gerichten nach wie vor unterrepräsentiert seien. Außerdem bemängelt das ECRI ihre nahezu vollständige Abwesenheit unter den Beschäftigten von Staatsunternehmen, wie der Post, der staatlichen Elektrizitätsgesellschaften und dem Zoll.¹⁴⁶

Die Europäische Kommission geht in ihrem Bericht mehrfach auf die politische Lage in Südserbien ein, die sie als „allgemein stabil“ mit „sporadischen Zwischenfällen“ beschreibt.¹⁴⁷ Die Menschenrechtsvereinigung Human Rights Watch erwähnt in ihrem Weltbericht 2011 einen dieser Zwischenfälle: Im Februar 2010 wurde ein Polizeibeamter, der der albanischen Minderheit angehört, sowie seine Frau und zwei weitere weibliche Personen, die sich in der Nähe des Tatorts befanden, bei einem Bombenanschlag auf ein Polizeifahrzeug im Preševotal, verletzt. Human Rights Watch schreibt, dass zu dem Zeitpunkt, als der Bericht verfasst wurde, kein Bekennerschreiben vorlag und niemand für den Anschlag zur Rechenschaft gezogen worden war.¹⁴⁸

Die Situation der Bosniaken

Zur Situation der Bosniaken, einer muslimischen Minderheit, die überwiegend im Süden Serbiens und im Norden Montenegros lebt, stellt das ECRI fest, dass sie zwar mit zwei Mitgliedern in der Regierung und acht Mitgliedern im Parlament vertreten seien (Stand 2011). Dennoch seien sie in der lokalen Verwaltung unterrepräsentiert. Als Beispiel nennt ECRI die Situation in der Gebietshauptstadt Novi Pazar, wo nur 30 Prozent der Beschäftigten der Polizei Bosniaken sind, obwohl die Bosniaken 85 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Ähnlich verhalte es sich auch bei der Feuerwehr, wo nur 3 von 60 Beschäftigten Bosniaken seien.¹⁴⁹

Auch die Europäische Kommission kritisiert die Unterrepräsentation der Bosniaken in der öffentlichen Verwaltung, bei der Polizei und in der Gerichtsbarkeit.¹⁵⁰

ECRI kritisiert außerdem die schlechten Infrastrukturbedingungen in der Region, einschließlich der Straßen und der Stromversorgung.¹⁵¹ Die Europäische Kommission schreibt, das Gebiet sei „deutlich unterentwickelt, mit einer hohen Arbeitslosenrate und dem Fehlen einer angemessenen Infrastruktur und Investitionen.“ Der serbische Staat müsse sich stärker für seine Entwicklung engagieren.¹⁵²

9 Roma

Internationale Organisationen stellen übereinstimmend fest, dass die Situation der auf zwischen 400 000 und 800 000 geschätzten Roma in Serbien unverändert katastrophal ist. Sie sind einer umfassenden gesellschaftlichen Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt, die zur Folge hat, dass sie ihre Grundrechte nur sehr bedingt in Anspruch nehmen können.

In seinem letzten Länderbericht zu Serbien, stellt das amerikanische Außenministerium fest, dass die Roma, die, laut den Ergebnissen der letzten Volkszählung von 2002, 1,4 Prozent

¹⁴⁵ Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012

¹⁴⁶ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 108, S. 28

¹⁴⁷ European Commission: Commission staff working document: Serbia 2012 Progress report accompanying the document ..., S. 17

¹⁴⁸ Human Rights World Report 2011: Serbia, verfügbar: <http://www.hrw.org/world-report-2012/serbia>

¹⁴⁹ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 111

¹⁵⁰ European Commission: Commission staff working document: Serbia 2012 Progress report accompanying the document ..., S. 17

¹⁵¹ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 111

¹⁵² European Commission: Commission staff working document: Serbia 2012 Progress report ... S. 17-8

der Bevölkerung ausmachen, deren Bevölkerungsanteil aber bei circa 5,4 Prozent läge, die schwächste Minderheitengruppe darstellen und im Vorjahr erneut Opfer von Polizeigewalt, gesellschaftlicher Diskriminierung und verbaler und physischer Misshandlung waren.¹⁵³

Das Außenministerium erläutert weiter, dass viele Roma in illegalen Barackensiedlungen leben würden, wo sie keinen Zugang zu Bildung, medizinischen Diensten, Wasser und Abwasserentsorgung haben. Das Außenministerium zitiert das internationale Kinderhilfswerk, UNICEF, wonach Romakinder eine um ein Drittel geringere Chance haben, das erste Lebensjahr zu erreichen, als andere Kinder. Ihr Zugang zu medizinischen Dienstleistungen sei erschwert. Vorurteile, kulturelle Normen und Armut würden Romakinder, insbesondere Mädchen, davon abhalten, zur Schule zu gehen.¹⁵⁴

Das Europäische Parlament hält in seiner Resolution zum Fortschrittsbericht Serbiens im Zusammenhang mit einem möglichen EU-Beitritt fest, dass die Lage der Roma in Serbien nach wie vor schwierig ist. Das Parlament erwähnt insbesondere eine Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung. Das Parlament fordert die serbische Regierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass alle Roma Zugang zu Personaldokumenten erhalten. Es zeigt sich besonders besorgt über niedrige Einschulungsraten, insbesondere von Mädchen, und über die Situation der binnervertriebenen Roma aus dem Kosovo. Es kritisiert die Praxis der Zwangsräumung von Romasiedlungen, ohne Absprache mit den Betroffenen und Bereitstellung von Alternativen, und fordert ihr sofortiges Ende.¹⁵⁵

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats stellt in ihrer Resolution zur Erfüllung der Verpflichtungen Serbiens gegenüber dem Europarat fest, dass Roma in Serbien vielfältigen Formen der Diskriminierung ausgesetzt sind. Der Zugang zu Personaldokumenten sei nach wie vor ein ernsthaftes Problem und hindere Roma daran, ihre sozialen Rechte wahrzunehmen. Die Parlamentarische Versammlung kritisiert außerdem die Praxis der Zwangsräumungen in Belgrad.¹⁵⁶

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats, ECRI, stellt in ihrem letzten Länderbericht zu Serbien fest, dass Roma nach wie vor in einem besonderen Maße von Arbeitslosigkeit betroffen seien, dass sie im Bildungssystem diskriminiert würden und ihre Lebensverhältnisse oftmals unterhalb der gesellschaftlich akzeptablen Norm lägen. Das ECRI kritisiert außerdem die Praxis der Zwangsräumungen, in und um Belgrad, und stellt fest, dass diese ohne vorherige Absprache mit den betroffenen Familien durchgeführt würden. Die Gesundheitssituation vieler Roma sei besorgniserregend. Außerdem gäbe es nach wie vor viele Roma, die keine Personaldokumente besäßen.¹⁵⁷

Die Europäische Kommission stellt allgemein fest, dass Serbien gewisse Fortschritte im Kampf gegen Diskriminierung und im Bereich der Förderung der gesellschaftlichen Integration sozial schwacher Bevölkerungsgruppen gemacht habe.¹⁵⁸ Dennoch kommt die

¹⁵³ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 21, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>

¹⁵⁴ Ibid., S. 22

¹⁵⁵ European Parliament: Enlargement report for Serbia: European Parliament resolution of 29 March 2012 on the European integration process of Serbia, Brüssel, 29. März 2012, S. 9-10, verfügbar unter:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dsee/dv/0704_03/0704_03en.pdf

¹⁵⁶ Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012, verfügbar unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>

¹⁵⁷ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia (fourth monitoring cycle), S. 8, verfügbar unter: <http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/country-by-country/serbia/SRB-CbC-IV-2011-021-ENG.pdf>

¹⁵⁸ European Commission: Commission staff working document : Serbia 2012 Progress report accompanying the document, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013, Brüssel, 10.10.2012, S. 16 und 46, verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/sr_rapport_2012_en.pdf

Kommission zum Schluss, dass Roma, als eine der schwächsten und am stärksten diskriminierten Bevölkerungsgruppen in Serbien mit vielfältigen Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung und Hass konfrontiert seien. Die Kommission stellt außerdem fest, dass Romafrauen am stärksten unter Diskriminierung litten.¹⁵⁹

In ihrem dritten und jüngsten Bericht zur Umsetzung der Visaliberalisierung in den Staaten des westlichen Balkans stellt die Kommission ebenfalls fest, dass sich die Lage der Roma, dank der Strategie und des Aktionsplans zu Verbesserung der Situation der Roma leicht verbessert habe. Allerdings seien auch weiterhin ernsthafte Anstrengungen und vor allem auch finanzielle Mittel nötig, um die sozioökonomische Lage der Roma, die nach wie vor die schwächste und am stärksten marginalisierte Minderheit sei, zu verbessern. Die Kommission betont, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt eine besondere Herausforderung darstelle.¹⁶⁰

Auch der frühere Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammerberg, geht in seinem Abschlussbericht zu einer Reise im Juni 2011 auf die Annahme einer Strategie zur Verbesserung der Lage der Roma und die Bereitstellung finanzieller Mittel durch die serbische Regierung und die Europäische Kommission ein.¹⁶¹ Er stellt fest, dass die Probleme der Roma, trotz aller Anstrengungen der serbischen Regierung eine der größten Herausforderungen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Menschenrechte seien.¹⁶² Der Kommissar unterstreicht, dass Projekte zur Verbesserung der Lage der Roma mit dezidierten Maßnahmen zur Beseitigung von romafeindlichen Vorurteilen verknüpft werden müssten. Außerdem müssten die Roma besser über Antidiskriminierungsmaßnahmen aufgeklärt werden.¹⁶³

Der serbische Ombudsmann stellt fest, dass die Roma aufgrund ihrer benachteiligten sozioökonomischen Lage extreme Schwierigkeiten hätten, ihre Identität zu schützen. Die meisten Roma würden unter struktureller Armut leiden und wüssten nicht, wie sie ihre Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Gesundheits- und Sozialversorgung geltend machen könnten.¹⁶⁴ Für ihn hat sich die Lage der Roma derart strukturell verfestigt, dass man sie als „Ethnoklasse“ bezeichnen könne. Auch seien sie nicht in der Lage, gruppenspezifische kulturelle Rechte effektiv wahrzunehmen.¹⁶⁵

Zugang zum Arbeitsmarkt

Der Menschenrechtskommissar stellt in seinem Abschlussbericht zu einer Reise nach Serbien fest, dass „[d]ie meisten Roma in Serbien ... außerhalb des Beschäftigungssystems [sind]; im rechtlichen Sinn sind sie nicht wirtschaftlich aktiv und zumeist als Arbeitslose eingetragen.“ Er fügt hinzu, dass Roma, die in sogenannten informellen Siedlungen leben, was für die Mehrheit der Roma in Serbien zutrifft, oft bereits Schwierigkeiten hätten, sich beim Arbeitsamt anzumelden.¹⁶⁶

Der Menschenrechtskommissar stützt seine Aussagen in diesem Bericht wie auch in seinem ausführlichen Bericht zur Lage der Roma und Fahrenden in Europa sehr wesentlich auf den

¹⁵⁹ Ibid.

¹⁶⁰ European Commission: Third Report on the Post-Visa Liberalisation Monitoring for the Western Balkan Countries in accordance with the Commission Statement of 8 November 2010, Brüssel, 28.8.2012, S. 10, verfügbar unter : <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0472:FIN:EN:PDF>

¹⁶¹ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Straßburg, 22. September 2011, Abs. 83-4, S. 15, verfügbar unter: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1834869&Site=CommDH&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679>

¹⁶² „Notwithstanding the government's efforts to improve the human rights of Roma, the problems facing Roma remain some of the most serious human rights challenges.“, Ibid., Abs. 85, S. 15

¹⁶³ Ibid.

¹⁶⁴ Protector of Citizens: 2011 Annual report, Belgrad 2011, verfügbar unter: <http://www.ombudsman.rs/index.php/lang-sr/izvestaji/godisnji-izvestaji>, S. 42

¹⁶⁵ Ibid., S. 43. Gemeint sind damit Kollektivrechte, die ihnen als nationale Minderheit zustehen.

¹⁶⁶ Commissioner of Human Rights: Human rights of Roma and Travellers in Europe, Straßburg 2012, S. 158, verfügbar unter: http://www.coe.int/t/commissioner/source/prems/prems79611_GBR_CouvHumanRightsOfRoma_WEB.pdf,

Länderbericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI).¹⁶⁷ In seinem Bericht stellte das ECRI fest, dass die Roma besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen seien und kaum am wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Außerdem bemerkt das ECRI, dass kaum Roma bei öffentlichen oder Staatsunternehmen arbeiten, was für das ECRI ein klarer Hinweis auf das Vorliegen von „Diskriminierungsmustern“ (patterns of discrimination) ist. ECRI erwähnt die Aussagen von RomavertreterInnen, wonach Roma bei Vorstellungsgesprächen oft gesagt wird, die Stelle sei bereits vergeben. In einigen Fällen sei bereits die Stellenausschreibung diskriminierend.¹⁶⁸

ECRI stellt außerdem fest, dass die Roma, die überhaupt eine Arbeit haben, meistens schwere und gefährliche Arbeiten ausführen, die zudem auch noch gering entlohnt sind. Die Mehrheit aller Romahaushalte würde von Gelegenheitsjobs oder dem Sammeln von Altmetall leben. Roma, die eine reguläre Arbeit hätten, würden im Durchschnitt 48 Prozent weniger verdienen als Nichtroma. Für das ECRI ist diese Situation auf die Kombination von gesellschaftlicher Diskriminierung und dem Fehlen formaler Bildungsabschlüsse zurückzuführen.¹⁶⁹

Zugang zur Bildung

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats, ECRI, stellt in ihrem Länderbericht zu Serbien fest, dass Roma in Bezug auf Bildung weit hinter der Mehrheitsbevölkerung zurückbleiben: Nur circa ein Viertel aller Romakinder würde die Grundschule beenden; 9 Prozent würden eine weiterführende Schule besuchen und abschließen. Der Anteil an HochschulabsolventInnen sei unter Roma 20 Mal niedriger als unter den Mitgliedern der Mehrheitsbevölkerung.¹⁷⁰

Der Menschenrechtskommissar des Europarats zitiert leicht abweichende Zahlen, die allerdings ebenfalls einen ungleichen Zugang zum Bildungssystem dokumentieren. Demnach besuchen nur zwischen 4 und 7 Prozent aller Romakinder die Vorschule, 66 Prozent besuchen die Grundschule, gegenüber von 94 Prozent in der Mehrheitsbevölkerung. Laut Zahlen des Bildungsministeriums würden 16 Prozent aller Roma eine weiterführende Schule besuchen, während der Anteil an Roma, die eine Hochschule oder Universität besuchten, unter einem Prozent läge.¹⁷¹

Das ECRI stellt fest, dass die Lage der Romakinder, die in sogenannten informellen Siedlungen leben, besonders prekär sei. In den meisten dieser Siedlungen gäbe es keine Vorschule, und nur 3,9 Prozent der Kinder in diesen Siedlungen würden eine Vorschule besuchen. Schulen gäbe es nur in 55 Prozent der Romasiedlungen. In einem Fünftel aller Siedlungen sei die Grundschule unerreichbar.¹⁷²

Wie das ECRI in seinem Bericht feststellt, werden Romakinder im serbischen Schulsystem mit vielfältigen Formen der Diskriminierungen von Seiten der Schulbehörden, LehrerInnen und anderem Schulpersonal, anderer Kinder und deren Eltern konfrontiert.¹⁷³ Das ECRI und der Menschenrechtskommissar halten übereinstimmend fest, dass LehrerInnen oftmals geringere Erwartungen gegenüber Romakindern hätten und sie demzufolge auch weniger fördern würden. Zum Teil würden Romakinder einfach in die nächste Klasse versetzt, obwohl sie die erforderlichen Leistungen noch nicht erbracht hätten.

¹⁶⁷ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011 Abs. 19, S. 17. Siehe auch : Commissioner of Human Rights: Human rights of Roma and Travellers in Europe, S. 160, verfügbar unter:

http://www.coe.int/t/commissioner/source/prems/prems79611_GBR_CouvHumanRightsOfRoma_WEB.pdf

¹⁶⁸ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia Abs. 45, S. 18

¹⁶⁹ Ibid.

¹⁷⁰ Ibid., Abs. 55, S. 19

¹⁷¹ Ibid., Abs. 94, S. 16

¹⁷² Ibid., Abs. 55, S. 19

¹⁷³ Ibid., Abs. 55, S. 19-20

Eine der offensichtlichsten Formen der Diskriminierung ist die ungerechtfertigte Einweisung von Romakindern in sogenannte Sonderschulen für Kinder mit Lernbehinderungen und in Spezialklassen, in denen nur Roma sind. Das ECRI stellt fest, dass bis zu 80 Prozent der Kinder in diesen Schulen Roma sind. Laut Menschenrechtskommissar ist der Anteil der Romakinder, die solche Schulen besuchen, zwischen 2002/2003 und 2008/2009 von 26,7 auf 31 Prozent gestiegen.¹⁷⁴

Der Menschenrechtskommissar berichtet aber auch, dass die höhere Einschulungsrate von Romakindern nunmehr dazu führe, dass Eltern anderer Kinder, ihre Kinder von der Schule nehmen, wenn dieser viele Romakinder sind.¹⁷⁵

Das ECRI zeigt sich besorgt über den hohen Anteil an SchulabbrecherInnen unter Romakindern.¹⁷⁶ Der Menschenrechtskommissar stellt fest, dass die Ausgrenzung im Bereich der Bildung und Ausbildung dazu führt, dass viele erwachsene Roma kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.¹⁷⁷

Zugang zur Gesundheitsversorgung

Der ehemalige Menschenrechtskommissar des Europarats beschreibt die gesundheitliche Situation der Roma, insbesondere von Frauen, Kindern und alten Menschen als besorgniserregend, was er vor allem darauf zurückführt, dass viele Roma nicht die erforderlichen Papiere hätten, die ihnen den Zugang zu medizinischen Dienstleistungen ermöglichen würden. Er bezieht sich auf eine Studie des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, UNICEF, wonach die Kindersterblichkeit bei Roma, trotz anderslautender offizieller Statistiken, nach wie vor mindestens vier Mal über dem Landesdurchschnitt liegt.¹⁷⁸

Die gleichen Informationen finden sich auch im Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarats (ECRI). Das ECRI stellt außerdem fest, dass sich die hygienischen und sanitären Bedingungen in vielen Romasiedlungen seit seinem ersten Bericht nicht verbessert hätten.¹⁷⁹

Das ECRI nimmt einen Beschluss der serbischen Regierung zur Kenntnis, der Roma auch dann einen Zugang zum Gesundheitssystem ermöglicht, wenn sie arbeitslos sind oder keinen festen Wohnsitz haben. Allerdings seien die wenigsten Roma über diesen Beschluss informiert.¹⁸⁰

Eine Studie des Entwicklungsdienstes der Vereinten Nationen (UNDP) von 2006 zeigte, dass viele Roma nicht in der Lage sind, die Kosten für notwendige Medikamente zu zahlen.¹⁸¹

¹⁷⁴ Ibid., Abs. 55, S. 19; Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011 ..., Abs. 96, S. 16. Serbische NGOs nennen zwei Gründe, wieso Romakinder vermehrt in diesen Schulen landen: Sprachbarrieren, in der Art, dass diese Tests ausschließlich in Serbisch durchgeführt werden, wodurch Romakinder, die in der Regel zweisprachig aufwachsen, und deren serbischer Wortschatz sich zumeist auf Begriffe der Alltagssprache begrenzt, benachteiligt sind, und Einstufungstests, die kulturelle Unterschiede nicht berücksichtigen und daher nicht neutral sind. (Praxis/Regional Centre for Minority Rights/CEKOR/CHRIS: Information submitted to the Committee on the Elimination of Racial Discrimination on the occasion of Initial Periodic Report of Serbia, 78th Session, Belgrad, Februar 2011, S. 3-4, verfügbar unter: <http://www.minoritycentre.org/sites/default/files/Praxis,%20Regional%20Centre%20for%20Minorities,%20CEKOR%20and%20CHRIS%20-%20Information%20submitted%20to%20CERD,%20Serbia%20Initial%20Periodic%20Report.pdf>)

¹⁷⁵ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011 ..., Abs. 97, S. 16

¹⁷⁶ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 56, S. 20

¹⁷⁷ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 95

¹⁷⁸ Ibid., Abs. 90, S. 16

¹⁷⁹ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 69, S. 21-22

¹⁸⁰ Ibid., Abs. 69 und 70, S. 21-22

¹⁸¹ United Nations Development Programme (UNDP): At Risk: the social vulnerability of Roma, refugees and internally displaced persons in Serbia, Belgrad 2006, (Autorin: Tanja Perić), verfügbar unter: http://europeandcis.undp.org/uploads/public/File/rbec_web/vgr/vulnerability_report_eng_FINAL.pdf, zitiert nach: Idzerda,

Während insgesamt 38,5 Prozent der Befragten nicht in der Lage waren, Medikamente, die ihnen vom Arzt verschrieben worden waren, zu bezahlen, betrug dieser Anteil bei Roma 67,4 Prozent.¹⁸²

Zugang zu Sozialleistungen

Im Anschluss an eine Tagung zur Integration der Roma in Serbien stellten Vertreter internationaler Organisation, einschließlich der Europäischen Kommission, im Juni 2011 fest: „Der Zugang zu Rechten und Dienstleistungen im Bereich der Sozialvorsorge hängt vom Besitz von Personaldokumenten ab, folglich sind Personen, die als rechtlich unsichtbar gelten, [von diesen Leistungen] ausgeschlossen.“¹⁸³

In einem gemeinsamen Bericht an das Komitee gegen Rassismus der Vereinten Nationen (CERD) kritisieren serbische NGOs, dass Roma aufgrund von komplizierten bürokratischen Verfahrensweisen oft Schwierigkeiten hätten, ihre Ansprüche auf Sozialleistungen geltend zu machen. Sie stellen fest, dass der Zugang zu diesen Rechten das Sammeln und Einreichen einer Vielzahl von Unterlagen voraussetze, was die Frage aufwerfe, ob diese Prozeduren überhaupt funktional und die Bedingungen gerechtfertigt seien.¹⁸⁴

Die NGOs berichten aber auch von willkürlichen Verwaltungspraktiken, die einer Diskriminierung von Roma Vorschub leisten können: Dazu gehört, dass MitarbeiterInnen von Sozialzentren Anträge oft mündlich ablehnen, beziehungsweise AntragstellerInnen empfehlen, ihre Anträge „später“ einzureichen.¹⁸⁵ Solche mündlichen Ablehnungen würden außerdem einen späteren Widerspruch erschweren oder sogar unmöglich machen.

Zugang zu Personaldokumenten

Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, stellte 2011 anhand von einer Umfrage fest, dass 6,8 Prozent aller Roma in Serbien Gefahr laufen, staatenlos zu werden. Unter den binnenvertriebenen Roma aus dem Kosovo sei dieser Anteil mehr als doppelt so hoch, nämlich 14 Prozent.¹⁸⁶ Der serbische Ombudsmann zitiert Schätzwerte, wonach circa 6 500 Personen „rechtlich unsichtbar“ seien.¹⁸⁷

Als Ursache dafür sieht das amerikanische Außenministerium, das sich auf die Studie des UN-Flüchtlingswerks (UNHCR) bezieht, „einen Mangel an Informationen, Verwaltungsgebühren, langwierige und langanhaltende Prozeduren, das Fehlen einer gültigen Meldeadresse und, in manchen Fällen, die Notwendigkeit vor Gericht zu gehen, um Herkunft und Identität zu beweisen“.¹⁸⁸

Das Außenministerium zitiert außerdem Zahlen des Kinderhilfswerks (UNICEF), wonach fünf Prozent aller Romakinder bei der Geburt nicht ins Geburtsregister eingetragen werden.¹⁸⁹ Die Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats weisen darauf hin,

Leanne et al.: Access to primary healthcare services for the Roma population in Serbia: a secondary data analysis, in: *BMC International Health and Human Rights* 2011, 11:10, S. 8, verfügbar unter:

<http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3175440/pdf/1472-698X-11-10.pdf>

¹⁸² Siehe dazu auch die entsprechenden Ausführungen zum Gesundheitssystem im Kapitel zu Korruption.

¹⁸³ European Commission, Serbian Government et al.: Social Inclusion Seminar: Roma Issues in Serbia, 21-22 June, Belgrade. Operational conclusions, (Ref. Ares(2011)860284 - 08/08/2011), verfügbar unter: <http://www.osce.org/odihr/91136>

¹⁸⁴ Praxis/Regional Centre for Minority Rights/CEKOR/CHRIS: Information submitted to the Committee on the Elimination of Racial Discrimination on the occasion of Initial Periodic Report of Serbia, 78th Session, Belgrad, Februar 2011, S. 24

¹⁸⁵ Ibid.

¹⁸⁶ UNHCR: Persons at risk of statelessness in Serbia (Autorin: Gazela Pudar), Juni 2011, verfügbar unter: <http://www.unhcr.rs/media/statelessness.pdf>

¹⁸⁷ Protector of Citizens: 2011 Annual report, Belgrad 2011, S. 42, verfügbar unter: <http://www.ombudsman.rs/index.php/lang-sr/izvestaji/godisnji-izvestaji>

¹⁸⁸ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia ..., S. 13

¹⁸⁹ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 18

dass das Gesetz über die Eintragung von Geburten von 2009 zwar eine nachträgliche Eintragung vorsehe. Allerdings seien Roma nur unzureichend über diese Möglichkeit informiert.¹⁹⁰

Der Menschenrechtskommissar des Europarats stellt fest, dass das Problem des Fehlens von Personaldokumenten dadurch erschwert werde, dass Romaeltern, die selbst keine Papiere haben, ihre Kinder auch nicht anmelden könnten.¹⁹¹ Dies habe mittlerweile dazu geführt, dass eine ganze Generation von „rechtlich unsichtbaren“ Roma entstanden sei, deren Ausschluss aus der Gesellschaft sich immer weiter fortsetze. Der Kommissar weist auf die Konsequenzen dieser Situation hin: Ohne Geburtsurkunde und Personaldokumente können die Roma keinen Wohnsitz anmelden, und ohne Wohnsitz ist es ihnen unmöglich, ihre sozialen und ökonomischen Rechte in Anspruch zu nehmen.

Zugang zu öffentlichen Räumen

Serbische NGOs stellen in einem Bericht an das Komitee der Vereinten Nationen zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD) fest, dass Roma der Zugang zu öffentlichen Räumen verwehrt worden sei. Dies sei insbesondere bei Einkaufszentren, Cafés oder Diskotheken, sowie öffentlichen Schwimmbädern der Fall. Die NGOs weisen auf einen Fall hin, in dem das Oberste Gericht die Geschäftsführung eines Freizeitzentrums in Šabac verurteilte, das sich im Juli 2000 weigerte, eine Gruppe von Roma ins Schwimmbad hereinzulassen.¹⁹²

Dieser Fall kam überhaupt nur deshalb vor Gericht, weil eine Koalition von NGOs das Freizeitzentrum im Rahmen von Methoden, wie sie insbesondere in den USA praktiziert werden, um rassistische Diskriminierung festzustellen, „testete“, nachdem sie Klagen über rassistische Diskriminierung von Roma in diesem Freizeitzentrum erhalten hatte.¹⁹³ Die NGOs stellen fest, dass es äußerst schwierig ist, Beweise in solchen Fällen zu sammeln und sie vor Gericht geltend zu machen.¹⁹⁴

Im August vergangenen Jahres reichte die serbische Gleichstellungsbeauftragte, Nevena Petrušić, eine Klage gegen eine McDonald's-Filiale in Novi Sad ein, die drei Romakindern zwischen fünf und acht, die das McDonald's-Lokal in Begleitung einer erwachsenen Nicht-Romafrau, die die Kinder eingeladen hatte, betreten wollten, den Zutritt verweigerte. Ein Angestellter der Firma sagte der Frau, sie könne hereinkommen, die Kinder aber nicht.¹⁹⁵ Die Gleichstellungsbeauftragte erklärte, dieser Fall sei von „strategischer Bedeutung“, da eine Diskriminierung beim Zugang zu Dienstleistungen nicht zulässig sei.

Zugang zu Wohnraum

Verschiedenen Studien zufolge, die auch vom ehemaligen Menschenrechtskommissar des Europarats zitiert werden, gibt es in Serbien 593 Romasiedlungen, von denen 72 Prozent

¹⁹⁰ Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012, Abs. 141, verfügbar unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>

¹⁹¹ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 110, S. 20

¹⁹² Praxis/Regional Centre for Minority Rights/CEKOR/CHRIS: Information submitted to the Committee on the Elimination of Racial Discrimination on the occasion of Initial Periodic Report of Serbia, 78th Session, Belgrad, Februar 2011, S. 25

¹⁹³ Siehe dazu ausführlich: Equal Rights Trust: Serbia. Decisions on anti-discrimination cases, Oktober 2009, verfügbar unter: http://www.equalrightstrust.org/ertdocumentbank/550014425_2__PILl%20Project%20-%20Serbia%20National%20Case%20Law%20Template.pdf

¹⁹⁴ Praxis/Regional Centre for Minority Rights/CEKOR/CHRIS: Information submitted to the Committee on the Elimination of Racial Discrimination on the occasion of Initial Periodic Report of Serbia, 78th Session, Belgrad, Februar 2011, S. 25

¹⁹⁵ Tuzba protiv Mekdonaldsa zbog diskriminacije Roma, *SMedia*, 7.08.12, verfügbar unter:

<http://www.smedia.rs/vesti/vest/97577/Mekdonalds-Tuzba-protiv-Mekdonaldsa-Diskriminacija-Roma-Novi-Sad-Tuzba-protiv-Mekdonaldsa-zbog-diskriminacije-Roma.html>

nicht legalisiert wurden. Allein in Belgrad gibt es 137 solcher Siedlungen.¹⁹⁶ Circa ein Drittel dieser Siedlungen haben keine Wasserversorgung; 70 Prozent sind nicht an das Abwassersystem angeschlossen.¹⁹⁷

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) zitiert Einschätzungen von NGOs, wonach zwei Drittel aller Roma in Siedlungen leben, die überbevölkert sind und fernab von Grundeinrichtungen und wesentlichen Dienstleistungen liegen. Die meisten Roma, die in diesen Siedlungen lebten, hätten keine Eigentumstitel, was ihre Probleme noch verschärfe.¹⁹⁸

Der ehemalige Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, stellt in seinem Abschlussbericht zu seinem Besuch in Serbien ebenfalls fest, dass die Wohnbedingungen der meisten Roma in Serbien sehr schlecht seien.¹⁹⁹ Zu den Problemen zählt er das Problem der Überbevölkerung dieser Siedlungen aufgrund der geringen Anzahl verfügbarer Wohneinheiten, ungelöste Eigentumsfragen und illegale Bauten, sowie den oft fehlenden Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen.

Als Beispiel für diese oftmals katastrophalen Wohnbedingungen schildert er die Lebensbedingungen in der Siedlung Marija Bursać, die im Viertel Blok 61 in Belgrad liegt, die er am 14. Juni 2011 besuchte.²⁰⁰ Diese Siedlung sei weder an das öffentliche Stromnetzwerk, die Wasserversorgung und das Abwassersystem angeschlossen. Die Wohneinheiten bestünden aus Holzbaracken, die durch die Witterungsverhältnisse zum Teil schwer beschädigt seien. Der Kommissar zeigt sich besonders betroffen, da er während seines Besuchs mit eigenen Augen sah, wie sich Kinder in einem verseuchten Bach wuschen.

Der Menschenrechtskommissar erwähnt, dass das serbische Ministerium für Umwelt und Raumplanung zwar 2007 eine Strategie zur Verbesserung der Lebensbedingungen und zur Regularisierung dieser Siedlungen angenommen habe. 2010 hätten allerdings nur zwei von insgesamt zehn Gemeinden diesen Prozess abgeschlossen.²⁰¹

Serbische NGOs heben hervor, dass Roma aufgrund diskriminierender Kriterien bei der Vergabe von Sozialwohnungen, kaum Chancen auf eine Sozialwohnung hätten. 2010 hätten nur vier Romafamilien eine neue Sozialwohnung bekommen. Daher habe der Ombudsmann der Stadt Belgrad die Ausschreibung später für ungültig erklärt.²⁰²

Das Budapester European Roma Rights Center erklärt, dass die Vergabe von Sozialwohnungen in Belgrad nach Punkten erfolgt. Für verschiedene Kriterien wie Beschäftigungsdauer, Behinderung, Anzahl der Familienmitglieder, die allerdings auf fünf begrenzt ist, und Behinderung erhalten die BewerberInnen Punkte. Die Tatsache, dass viele Roma arbeitslos sind, wirke sich zu ihren Ungunsten aus.²⁰³

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz stellt außerdem fest, dass die öffentliche Meinung gegen eine Umsiedlung von Roma in bessere Wohnungen sei. Wenn

¹⁹⁶ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 100, S. 17

¹⁹⁷ Ministry of Environment and Spatial Planning: Guidelines for the improvement and legalization of informal Roma settlements, Belgrade 2007, verfügbar unter: <http://www.unhabitat.org.rs/pdfs/RomaSettlement/GuidelinesRomasettlements.pdf>

¹⁹⁸ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 62

¹⁹⁹ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 100, S. 20

²⁰⁰ Ibid., Abs. 107, S. 18

²⁰¹ Ibid., Abs. 101, S. 15

²⁰² Praxis/Regional Centre for Minority Rights/CEKOR/CHRIS: Information submitted to the Committee on the Elimination of Racial Discrimination on the occasion of Initial Periodic Report of Serbia, 78th Session, Belgrad, Februar 2011, S. 17

²⁰³ European Roma Rights Center/Praxis: Parallel report concerning Serbia To The Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW) (ohne Datum), S. 63, verfügbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cedaw/docs/53/PraxisAndERRC_Serbia53_ForTheSession.pdf

die serbischen Behörden versuchen würden, Roma angemessen unterzubringen, löse dies Proteste innerhalb der örtlichen Bevölkerung aus.²⁰⁴

Räumung von Romasiedlungen

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, aber auch serbische Nichtregierungsorganisationen haben in den vergangenen Jahren mehrere ausführliche Berichte zur Praxis der Zwangsräumung von Romasiedlungen in Serbien veröffentlicht.²⁰⁵ Diese erfolgen in der Regel im Zusammenhang mit größeren Infrastrukturprojekten, wie beispielsweise dem Ausbau und der Erneuerung der Gazelabrücke im Belgrader Stadtteil Novi Beograd, oder, ganz allgemein, im Rahmen der Stadtentwicklung und -erneuerung.

Am 26. April 2012 wurden circa 1 000 Menschen im Rahmen einer großangelegten Räumung einer Romasiedlung im Belgrader Stadtteil Novi Beograd geräumt. Laut Amnesty International wurden 124 Familien in Containersiedlungen am Stadtrand von Belgrad untergebracht. Weitere 133 Familien wurden in ihre Herkunftsgemeinden im Süden Serbiens zurückgebracht,²⁰⁶ die sie aufgrund des Fehlens von Einkommensmöglichkeiten verlassen hatten. Zwei Jahre zuvor wurden circa 178 Familien, die im Umkreis der Gazelabrücke, ebenfalls im Stadtteil Novi Beograd lebten, geräumt. 114 Familien wurden in Metallcontainern am Rand Belgrads untergebracht, 64 Familien mussten in den Süden Serbiens zurückkehren.²⁰⁷

Nach einem gemeinsamen Bericht des Budapester European Roma Rights Center (ERRC) und der Belgrader NGO Praxis gab es seit April 2009 mindestens 17 solcher Zwangsräumungen in Belgrad.²⁰⁸ Das ERRC schätzt, dass circa 2 500 Roma von solchen Räumungen betroffen waren.²⁰⁹

Internationale Organisationen kritisieren, dass die meisten dieser Räumungen unter Missachtung internationalen Rechts und der Menschenrechte erfolgten. Nach diesem Maßstab wären Zwangsräumungen nur in Absprache mit den Betroffenen zulässig, denen eine akzeptable Alternative angeboten werden soll.²¹⁰

Wie der frühere Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, im Anschluss an seine Reise nach Serbien feststellte, halten sich die serbischen Behörden nicht an diese Bestimmungen.²¹¹ Der Kommissar berichtet unter anderem, dass die Vertreter der Belgrader Stadtbehörden während der Räumungen, wie beispielsweise bei der Räumung der Romasiedlung um die Gazelabrücke, handgreiflich geworden seien und persönliches Eigentum zerstört hätten, ohne dass die Betroffenen anschließend irgendeine Form von Entschädigung erhalten hätten.

²⁰⁴ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ... Abs. 63, S. 20 und 21

²⁰⁵ Siehe dazu insbesondere : Amnesty International: Serbia: Home is more than a roof over your head: Roma denied adequate housing in Serbia, 7. April 2011, verfügbar unter: <http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR70/001/2011/en/5e0bb76a-1030-4a5f-ba44-06a5fe216069/eur700012011en.pdf>

²⁰⁶ Amnesty International: Serbia: After Belvil, Serbia needs new laws against forced eviction, 17. Oktober 2012, verfügbar unter: <http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR70/015/2012/en/d97ae40c-0701-452a-b9b8-d2491a7322e1/eur700152012en.pdf>

²⁰⁷ Ibid.

²⁰⁸ European Roma Rights Center/Praxis: Parallel report concerning Serbia To The Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW) (ohne Datum), S. 12, verfügbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cedaw/docs/53/PraxisAndERRC_Serbia53_ForTheSession.pdf

²⁰⁹ Ibid.

²¹⁰ Siehe dazu insbesondere: Committee on Economic, Social and Cultural Rights (CESCR) : General Comment n° 7: The right to adequate housing: forced evictions (art.11 (1)), verfügbar unter: [http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/\(symbol\)/CESCR+General+Comment+7.En?OpenDocument](http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/(symbol)/CESCR+General+Comment+7.En?OpenDocument)

²¹¹ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 102, S. 17

Der Kommissar stellt weiter fest, dass die Unterbringung in Metallcontainern, wie sie im Anschluss an die Räumung der Romasiedlung unter und um die Gazelabrücke erfolgte, nicht internationalen Standards entspricht, und dass die Betroffenen keine Möglichkeit gehabt hätten, rechtlich gegen die Räumungen vorzugehen.²¹² Er äußert zwar Verständnis dafür, dass es zu solchen Umsiedlungen manchmal keine Alternativen gebe. Dennoch müsse internationales Recht eingehalten werden.²¹³

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellt ebenfalls fest, dass die Räumungen in den meisten Fällen ohne Vorwarnung stattfanden, und dass den betroffenen Roma keine Alternative angeboten wurde.²¹⁴ Einige Roma hätten zwar eine Sozialwohnung erhalten, andere wiederum seien in Metallcontainern untergebracht worden, die klein, kalt und ohne Belüftung seien. Auch hätten Roma in den meisten Fällen weder Hilfe noch Entschädigung erhalten.

Das ECRI gibt Vermutungen von NGOs wieder, wonach viele Roma, die gezwungen wurden in ihre Herkunftsorte im Süden Serbiens zurückzukehren, bald wieder nach Belgrad kommen würden. Das ECRI kritisiert, dass es keinen nachhaltigen Umsiedlungsplan gebe, so dass sich der Teufelskreis der Zwangsrumungen und der Versuche der Betroffenen, eine Bleibe zu finden, immer wiederhole. Das ECRI betont, dass Zwangsrumungen nur dann erfolgen sollten, wenn alle anderen Alternativen ausgeschöpft worden seien.²¹⁵

Die Europäische Kommission stellt in Fortschrittsbericht 2012 fest, dass es „einige positiven Schritte in der Einhaltung internationaler Standards bei der Umsiedlung von zwangsgeräumten Roma aus informellen Siedlungen [gebe]“. Allerdings seien „weitere, anhaltende Anstrengungen“ nötig, damit die internationalen Standards zu Zwangsrumungen vollständig eingehalten würden.²¹⁶

Im Juni 2012 führte das Budapester European Roma Rights Center eine Umfrage unter Romafrauen durch, die nach der Räumung der Romasiedlung Belvil in Novi Beograd umgesiedelt worden waren. Diese Umfrage zeigte unter anderem, dass die Familien durch die erzwungene Umsiedlung in Metallcontainer am Rande der Stadt nicht nur ihre Arbeit und damit Teile des Familieneinkommens verloren hatten, da sie nunmehr nicht mehr in der Lage waren, an ihren Arbeitsplatz zu gelangen, sondern auch ihr Eigentum, da ihnen nicht keine Zeit gelassen wurde, um Haushaltsgegenstände, darunter Staubsauger und Waschmaschinen, einzupacken. Eine Entschädigung erhielten sie nicht.²¹⁷

Binnenvertriebene Roma aus dem Kosovo

In Serbien leben nach wie circa 210 000 Binnenvertriebene aus dem Kosovo, die meisten von ihnen Serblinnen und Angehörige anderer ethnischer Minderheiten.²¹⁸ Laut ECRI sind circa ein Zehntel dieser Binnenvertriebenen Roma.²¹⁹ Allerdings sind viele Kosovoroma aus unterschiedlichen Gründen, wie beispielsweise der Tatsache, dass sie über keine oder nur

²¹² Ibid., Abs. 102-103, S. 17

²¹³ Ibid., Abs. 105, S. 17

²¹⁴ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., S. 20 und 21

²¹⁵ Ibid.

²¹⁶ "Some positive steps to comply with international standards were taken regarding the relocation of Roma evicted from such informal settlements. Further sustained efforts are required to fully comply with international standards on forced evictions." (European Commission: Commission staff working document: Serbia 2012 Progress report ..., S. 18)

²¹⁷ European Roma Rights Center/Praxis: Parallel report concerning Serbia To The Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW) (ohne Datum)..., S. 12 und 13

²¹⁸ Das amerikanische Außenministerium zitiert Statistiken des serbischen Kommissariats für Flüchtlinge, ohne Datum; wonach 210 148 Binnenvertriebene aus dem Kosovo in Serbien leben. (siehe: U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 10) Ähnliche Zahlen finden sich auch im Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission (European Commission: Commission staff working document : Serbia 2012 Progress report ... ,S. 18) und im Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., 90, S. 25)

²¹⁹ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 90, S. 25

unvollständige Personaldokumente verfügen, nicht als Binnenvertriebene registriert. Laut UN-Flüchtlingswerk liegt ihre Zahl zwischen 40 000 und 45 000.²²⁰

Die Europäische Kommission äußert sich besorgt über die schwierigen Lebensbedingungen der Binnenvertriebenen aus dem Kosovo. Sie weist darauf hin, dass viele von ihnen arbeitslos seien und in Armut leben. Die Lage derjenigen Binnenvertriebenen, die keine Personaldokumente haben, sei besonders schwierig, da sie nicht in der Lage seien, ihre Rechte auszuüben.²²¹

Das amerikanische Außenministerium geht ausführlich auf dieses Problem ein²²² und schreibt, dass das serbische Gesetz zwar vorsieht, dass alle Personen, die durch den Kosovokonflikt vertrieben wurden, die Möglichkeit erhalten sollten, sich in Serbien als Binnenvertriebene zu registrieren und damit einen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu erhalten. Das Ministerium zitiert eine Studie des Internal Displacement Monitoring Center von 2010, wonach der Zugang zu Personaldokumenten durch widersprüchliche Vorschriften und institutionelle Hürden erschwert werde.²²³

Zur Praxis stellt das amerikanische Außenministerium fest, dass Binnenvertriebene, die sich an- und ummelden wollen, zu den Orten reisen müssten, wo die Melderegister aufbewahrt würden, die über ganz Serbien verteilt seien.²²⁴ Für binnenvertriebene Roma, Ashkali und Kosovoägypter, die in Kosovo nie gemeldet waren und in Serbien in „illegalen“ Romasiedlungen leben würden, sei es nahezu unmöglich, sich in Serbien anzumelden. Ohne Änderung ihres Wohnortes sei es allerdings für Binnenvertriebene unmöglich, einen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung, Schule und Sozialversorgung zu erhalten.

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) schreibt, dass NGOs zufolge viele Kinder dieser drei miteinander verwandten Gruppen, im Gegensatz zu Kindern von anderen Binnenvertriebenen, nicht in nicht in der Lage seien, zur Schule zu gehen oder die Schule abbrechen würden, ein Resultat der oben beschriebenen Situation.²²⁵

Die Berichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats äußern in ihrem Bericht die Hoffnung, dass das neue Meldegesetz vom 17. November 2011 dazu beitragen wird, dass diese Menschen Zugang zu Personaldokumenten erhalten, und ihre Rechte ausüben können.²²⁶ Ähnlich äußert sich auch der Menschenrechtskommissar.²²⁷

Allerdings haben sich die Probleme der An- bzw. Ummeldung von binnenvertriebenen Roma, Ashkali und Ägyptern aus dem Kosovo in den vergangenen beiden Jahren nicht verbessert, sondern verschärft. Das amerikanische Außenministerium zitiert Aussagen des UNHCR, wonach Kosovoroma nach der Einführung von biometrischen Personalausweisen und

²²⁰ Zitiert nach: U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia ..., S. 11

²²¹ European Commission: Commission staff working document : Serbia 2012 Progress report ... , S. 18

²²² Siehe dazu: European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 90, S. 25; Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 138, S. 25

²²³ "According to the UNHCR, after the introduction of biometric passports for Serbian citizens and the abolishing of the visa requirement for travel to EU countries, several displaced persons of Romani, Ashkali, and Egyptian ethnicity were arbitrarily prevented from deregistering their Kosovo address and reregistering at a new address in Serbia." (U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia ..., S. 10)

²²⁴ Siehe dazu: European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 90, S. 25; Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 138, S. 25

²²⁵ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 93, S. 25

²²⁶ Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012, Abs. 144, verfügbar unter: <http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>

²²⁷ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 138, S. 22

Aufhebung der Visumpflicht für Kurzaufenthalte im Schengenraum willkürlich daran gehindert wurden, sich in Kosovo abzumelden und in Serbien neu anzumelden.²²⁸

In seinem Länderbericht geht das ECRI ausführlich auf die katastrophale Wohnsituation der binnenvertriebenen Roma ein. Das ECRI schreibt, dass zwar einige binnenvertriebene Roma, Ashkali und Kosovoägypter in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht seien, die Wohnbedingungen dieser Binnenvertriebenen in der Regel sehr schlecht seien. Viele von ihnen würden in illegalen Siedlungen in der Nähe von großen Städten leben.²²⁹ Dort hätten sie zumeist weder Zugang zu Wasser, Strom und Abwasserentsorgung und auch nicht die Möglichkeit sich anzumelden und einen rechtlichen Status zu erhalten. Zudem würden sie mit der ständigen Gefahr einer Zwangsräumung durch die serbischen Behörden leben.²³⁰

Das ECRI weist weiter darauf hin, dass sich die binnenvertriebenen Roma aufgrund des Fehlens von Personaldokumenten und einer gültigen Meldeadresse nicht beim Arbeitsamt melden könnten. Sie würden daher oft einer selbständigen Beschäftigung, z.B. als Straßenverkäufer nachgehen, womit sie allerdings auch keinen Zugang zur Sozialversicherung hätten. Der offizielle Arbeitsmarkt bleibe ihnen verschlossen.²³¹

Das ECRI bemängelt, dass die Strategie zur Verbesserung der Lage der Roma keine Mittel für binnenvertriebene Roma aus dem Kosovo vorsieht.²³² Dies steht allerdings im Einklang mit der Haltung, der serbischen Behörden, die nach wie vor an einer Rückkehr der Binnenvertriebenen nach Kosovo festhalten.²³³ Wie das amerikanische Außenministerium feststellt, steht diese Haltung im Widerspruch zu der gleichzeitig geäußerten Behauptung führender Regierungsvertreter, wonach eine Rückkehr nach Kosovo in vielen Fällen unsicher sei.²³⁴ Tatsächlich ist nur knapp ein Fünftel aller Binnenvertriebenen an einer Rückkehr nach Kosovo interessiert.²³⁵ Unter Roma, von denen viele fürchten, in Kosovo Opfer von Repressalien zu werden (wie das amerikanische Außenministerium feststellt)²³⁶ ist dieser Anteil sogar noch deutlich niedriger, nämlich 9 Prozent.²³⁷

Die serbische Strategie zur „Integration der Roma“

Die Europäische Kommission stellt fest, dass sich die Lage der Roma in Serbien leicht verbessert habe. Serbien habe sich aktiv an der Romadekade beteiligt und sich außerdem engagiert, die „operationellen Schlussfolgerungen“²³⁸ des EU-Serbientreffens von Juni 2011 umzusetzen. Allerdings sei der Aktionsplan 2012-2014 für die Umsetzung der sogenannten Roma-Strategie immer noch nicht angenommen. Die meisten Roma würden, unter sehr schwierigen Bedingungen, in informellen Siedlungen leben. Roma, insbesondere auch Romafrauen würden auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Die Roma insgesamt würden unter Diskriminierung, sozialer Ausgrenzung und hoher Arbeitslosigkeit leiden. Romafrauen und -kinder seien oft Opfer häuslicher Gewalt, die nicht zur Anzeige gebracht werde.²³⁹

²²⁸ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 10

²²⁹ European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia ..., Abs. 91

²³⁰ Ibid., Abs. 92

²³¹ Ibid., Abs. 94, S. 25-26

²³² Ibid., Abs. 90, S. 25

²³³ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia ... , S. 11

²³⁴ Ibid., S. 11

²³⁵ Joint IDP Profiling Service : Serbia : Profile at glance, Belgrad, 2012, S. 10, verfügbar unter : <http://idp-profiling.org/serbia-profiling.html>

²³⁶ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia ..., S. 11

²³⁷ Joint IDP Profiling Service : Serbia : Profile at glance, Belgrad, 2012, S. 10, verfügbar unter : <http://idp-profiling.org/serbia-profiling.html>

²³⁸ European Commission, Serbian government et al.: Social Inclusion Seminar: Roma Issues in Serbia, 21-22 June, Belgrade. Operational conclusions, verfügbar unter: <http://www.osce.org/odihr/91136>

²³⁹ European Commission: Commission staff working document : Serbia 2012 Progress report ... , S. 18

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats begrüßt die Verabschiedung einer Strategie zur Verbesserung der Situation der Roma sowie eines dazugehörigen Aktionsplans und erkennt konkrete Ergebnisse an.²⁴⁰ Diese sieht sie insbesondere in der Rekrutierung von Roma im Bereich der lokalen Verwaltung, SchulassistentInnen und MediatorInnen im Gesundheitsbereichs und sogenannten positiven Massnahmen im Bereich des Hochschulzugangs und der Universität. Dennoch seien Roma nach wie vor vielfältigen Formen der Diskriminierung ausgesetzt. Die Parlamentarische Versammlung nennt besonders den Zugang zu Personaldokumenten, sozialen Rechten und Wohnraum. Sie fordert die serbischen Behörden daher auf, die Empfehlungen des ECRI umzusetzen.²⁴¹

Der serbische Ombudsmann Saša Janković gibt sich in seiner Einschätzung wesentlich kritischer. Ihm zufolge gibt es zwar gewisse Fortschritte im Bereich der Bildung und Gesundheitsversorgung. Allerdings seien „die grundlegenden normativen, institutionellen, personelle und materiellen Voraussetzungen, [die nötig sind,] um die Ziele der Strategie [zur Integration der Roma] zu erreichen, noch nicht geschaffen worden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf eine Umfrage, die sein Amt unter Roma durchführte. Von insgesamt 500 Personen, die an der Umfrage teilnahmen, waren 62,3 Prozent nicht über die Strategie informiert; 82 Prozent gaben an, dass sich ihre Lebensbedingungen in den vergangenen fünf Jahren, also seit der Umsetzung der Strategie, nicht verbessert hätten.“²⁴²

Der ehemalige Menschenrechtskommissar des Europarats begrüßt die Bestrebungen der serbischen Behörden, die Situation der Roma insbesondere im Bereich der Bildung und Gesundheitsversorgung zu verbessern.²⁴³ Allerdings stellt er fest, dass es in der Praxis viele Mängel gäbe, die beseitigt werden müssten. Der Kommissar fordert die serbischen Behörden auf, ihre Aktionspläne im Bereich Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheitsversorgung, im Einklang mit den Empfehlungen des Ministerrats des Europarats zu Politiken für Roma und/oder Fahrende in Europa²⁴⁴ umzusetzen.

Der Kommissar fordert auch, dass die serbischen Behörden dafür sorgen, dass sozial schwache Personen, insbesondere auch Roma, Zugang zu einer kostenlosen rechtlichen Beratung erhalten, damit sie ihre Rechte umfassend ausüben können. Diese Frage sei von zentraler Bedeutung.²⁴⁵

10 Recht auf Freizügigkeit

Auf Druck der Europäischen Union und einzelner ihrer Mitgliedstaaten hat die serbische Regierung in den vergangenen drei Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die dazu beitragen sollen, die Zahl der AsylbewerberInnen aus Serbien zu reduzieren.

Dazu gehört unter anderem auch eine Verschärfung der Grenzkontrollen. Am 2. Juni 2011 hat die serbische Regierung eine neue Verordnung verabschiedet, die die Kompetenzen der

²⁴⁰ Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012, verfügbar unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>, Abs. 138-9

²⁴¹ Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813), 9. Januar 2012, Abs. 140, verfügbar unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>

²⁴² Protector of Citizens: 2011 Annual report, Belgrad 2011, verfügbar unter: <http://www.ombudsman.rs/index.php/lang-sr/izvestaji/godisnji-izvestaji>, S. 42-3

²⁴³ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 136, S. 22

²⁴⁴ Recommendation CM/Rec(2008)5 of the Committee of Ministers to member states on policies for Roma and/or Travellers in Europe (verabschiedet durch das Ministerkomitee anlässlich des 1018. Treffens der Stellvertreter der Minister am 20. Februar 2008), verfügbar unter: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1253509&Site=CM>

²⁴⁵ Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Abs. 86, S. 15 und Abs. 137, S. 22

serbischen Grenzpolizei erheblich erweitert.²⁴⁶ Demnach ist sie ermächtigt, serbische StaatsbürgerInnen, die in Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausreisen wollen, nach ihren Reiseunterlagen zu fragen und das Vorhandensein der nötigen finanziellen Mittel sowie das Reiseziel zu überprüfen.²⁴⁷ Personen, die in den Verdacht geraten, sogenannte falsche oder ScheinasylantInnen (lažni azilanti auf Serbisch) zu sein, werden an der Aus- und Weiterreise gehindert.

Am 7. November 2012 erklärte die stellvertretende Ministerin für Europäische Integration, Suzana Grubješić, bei einer Sitzung des Ausschusses für Europäische Integration des serbischen Parlaments, dass seit dem 2. Juni 2012 circa 5 000 serbische BürgerInnen, die versucht hätten, in Westeuropa Asyl zu suchen, dank dieser verschärften Kontrollen an der Grenze zurückgewiesen worden seien.²⁴⁸

Obwohl hierzu keine offiziellen Zahlen vorliegen bzw. keine Statistiken veröffentlicht wurden, ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der Personen, die an der Grenze zurückgehalten wurden, Angehörige ethnischer Minderheiten, insbesondere Roma, sind. Dies geht sowohl aus Medienberichten, als auch den Beobachtungen von Nichtregierungsorganisationen und Reisenden vor Ort aus.²⁴⁹

Die Belgrader Nichtregierungsorganisation Regional Centre for Minorities (RCM) glaubt sogar, dass es schriftliche Anweisungen an die Polizei gibt, Roma, die generell verdächtig werden, sogenannte ScheinasylantInnen zu sein, besonders streng zu kontrollieren. Allerdings konnte sich die Organisation keinen Zugang zu entsprechenden Dokumenten verschaffen.²⁵⁰ Am 8. Mai 2011 erklärte der damalige Innenminister und stellvertretende Premierminister Ivica Dačić anlässlich des Erderlezzifestes, des Frühjahrsfestes der Roma, dass „kein Mitglied dieser Gemeinschaften [Roma und ethnische AlbanerInnen] das Land [Serbien] verlassen kann, wenn er [oder sie] keinen Rückfahrchein und ausreichende Reisemittel hat und den Zweck seiner [oder ihrer] Reise nicht begründen kann.“²⁵¹ Die Tatsache, dass die serbische Grenzpolizei die Geldsumme, die nötig ist, um den Aufenthalt im Ausland zu bestreiten, offensichtlich in Anlehnung an die Einreisebestimmungen der Schengenstaaten, auf 30 bis 50 Euro pro Tag festgelegt hat, dürfte die meisten Roma, die in ihrer Mehrheit den ärmeren und ärmsten Bevölkerungsschichten angehören, von vorneherein von der Möglichkeit einer Ausreise ausschließen.

Am 31. Januar 2012 verabschiedete die serbische Regierung einen Gesetzentwurf, der die „Ermöglichung von Rechten im Ausland“ unter Strafe stellt. Dieser Gesetzentwurf schafft

¹ Uredba o bližem uređivanju načina vršenja policijskih ovlašćenja policijskih službenika granične policije dužnostima lica koje prelazi državnu granicu (Verordnung zur näheren Bestimmung der Befugnisse der Beamten der Grenzpolizei der Pflichten der Person, die die Grenze überquert), in: *Službeni glasnik Republike Srbije* (Öffentliches Amtsblatt der Republik Serbien), Nr. 39/2011, verfügbar unter:

http://www.paragraf.rs/propisi/uredba_o_blizem_uredjivanju_nacina_vrsenja_policijskih_ovlascenja.html

²⁴⁷ Die Regelung enthält keine Angaben dazu, welche Belege nötig sind, um die Grenzpolizei von der „Legitimität“ des Reiseziels zu überzeugen, noch legt sie die Höhe der finanziellen Mittel fest. Der Leiter der serbischen Grenzpolizei, Nenad Banović, der gleichzeitig auch Vorsitzender der Kommission ist, die die Umsetzung der Visaliberalisierung mit der Europäischen Union überwacht, erklärte in einem Medieninterview, dass zwischen 30 und 50 Euro pro Tag erforderlich seien, womit er sich weitgehend an den von den Schengener Vertragsstaaten angewendeten Regeln orientiert. (Siehe: Policajac na granici procenjuje imate li dovoljno para za put, *Blic*, 20.05.11, verfügbar unter: <http://www.blic.rs/Vesti/Drustvo/254962/Policajac-na-granici-procenjuje-imate-li-dovoljno-para-za-put>)

²⁴⁸ Serbische Regierung: Serbia's visa-free regime currently not in danger (Pressemitteilung), 7.11.12, verfügbar unter: http://www.srbija.gov.rs/vesti/vest.php?pf=1&id=89836&change_lang=en&url=%2Fvesti%2Fvest.php%3Fpf%3D1%26id%3D89836%26change_lang%3Den

²⁴⁹ Siehe dazu: Chachipe: Selective freedom. The visa liberalisation and restrictions to the right to travel in the Balkans, Luxemburg, Juni 2012, S. 21 – 22, verfügbar unter: <http://romarights.files.wordpress.com/2013/03/chachipe-visa-liberalisation-report-updated.pdf>, und: Regional Centre for Minorities: Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl. Zur Situation serbischer Roma, die im Ausland Asyl beantragt haben (Hrsg.: Flüchtlingsrat NRW), Bochum/Münster, Oktober 2012, S. 22 – 23 und S. 40

²⁵⁰ Regional Center for Minorities (RCM): Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl. ... S. 40

²⁵¹ Interior minister announces stricter border control, *Tanjug*, 8.05.11, verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2011&mm=05&dd=08&nav_id=74223

einen neuen Straftatbestand, der mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu acht Jahren Haft geahndet wird. Er betrifft denjenigen, „der mit der Absicht, sich selbst oder anderen einen Nutzen zu verschaffen, den Transport, die Überführung, die Unterbringung oder das Verstecken eines serbischen Bürgers organisiert oder durchführt oder ihm in einer anderen Art hilft, durch die falsche Darstellung der Gefährdung seiner menschlichen Rechte und Freiheiten, in einem anderen Land politische, soziale, wirtschaftliche oder sonstige Rechte zu ersuchen“.²⁵²

Aufgrund der vorgezogenen Parlamentswahlen im Mai 2012 musste der Entwurf zunächst zurückgezogen werden, kam aber im Herbst erneut auf die Tagesordnung des Parlaments. Seine Verabschiedung erfolgte kurz vor Jahresende, im Rahmen einer umfassenden Reform des serbischen Strafgesetzbuchs.²⁵³

Während der Debatte im Parlament argumentierten mehrere VertreterInnen der Regierungsparteien, diese Gesetzesänderung sei nötig, um die Visumfreiheit und Serbiens Platz auf der „Weißen Schengenliste“, der Liste der Staaten, die von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte im Schengenraum entbunden sind, zu retten.²⁵⁴

Obwohl sich der Justizminister in der Ankündigung des Gesetzesvorhabens ausschließlich auf den „Tatbestand“ der Beihilfe bezog, also auf Fluchthelfer zielt, beinhaltet bereits die Formulierung des Gesetzes die Möglichkeit einer späteren Kriminalisierung der AsylbewerberInnen, denen ja vorgeworfen wird, ihre Situation in Serbien falsch darzustellen. Noch im November 2012 hatte die stellvertretende Ministerin für Europäische Integration, Suzana Grubjesić, vor dem Ausschuss für Europäische Integration des Parlaments erklärt, der Justizminister werde bald einen Gesetzesentwurf einbringen, der die „falsche Asylsuche“ zum Straftatbestand erheben werde.²⁵⁵

Diskutiert wurde auch, aber bisher ohne Ergebnis, ein zeitlich befristeter Entzug des Reisepasses. Im Mai 2011 bedauerte der Leiter der serbischen Grenzpolizei, der zugleich Vorsitzender der Kommission zur Überwachung der Umsetzung der Visaliberalisierung ist, dass die Polizei derzeit keine Grundlage hat, Personen, die verdächtigt werden, sogenannte Scheinasylanten zu sein, den Pass zu entziehen.²⁵⁶

²⁵² Facilitating the abuse of the exercise of rights in a foreign state
Article 350a

(1) Whoever, with intent to obtain a benefit for himself or other person, carries out or arranges the transportation, transfer, admittance, accommodation, hiding, or otherwise allows that, by falsely representing that his human rights and freedoms are threatened, a Serbian national asks to be granted political, social, economic, or other rights in a foreign country, shall be punished with imprisonment of three months to three years.

(2) If the offense referred to in paragraph 1 of this Article is committed by a group or through the abuse of powers, the offender shall be punished with imprisonment of six months to five years.

(3) For the offense referred to in paragraph 2 of this Article the organiser shall be punished with imprisonment of one to eight years.

(4) The objects, means of transportation, and other means intended or used for the commission of offense referred to in paragraph 1 to 3 of this Article shall be confiscated. (Zakon o izmenama i dopunama krivičnog zakonika (Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Strafgesetzbuchs), Artikel 33, S. 7, verfügbar unter :

<http://www.parlament.rs/upload/archive/files/lat/pdf/zakoni/2012/4108-12Lat.pdf>; englische Übersetzung: The Law on amendmants (sic!) and additions to the Criminal Code, Arbeitsfassung, 23.10.12)

²⁵³ Usvojene izmene Krivičnog zakonika, *BETA/B92*, 24.12.12, verfügbar unter:

http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2012&mm=12&dd=24&nav_category=11&nav_id=671737

²⁵⁴ Siehe dazu: Chachipe: Serbien stellt "Beihilfe zum Asylmissbrauch" unter Strafe, 4. März 2013, verfügbar unter:

<http://romarights.wordpress.com/2013/03/04/serbien-stellt-beihilfe-zu-asylmissbrauch-unter-strafe-pr/>

²⁵⁵ National Assembly of the Republic of Serbia: Sixth Sitting of the European Integration Committee, 7. November 2012, verfügbar unter: http://www.parlament.gov.rs/Sixth_Sitting_of_the_European_Integration_Committee_16606.537.html

²⁵⁶ „Trenutno nemamo zakonsku mogućnost da nekome, za koga postoji sumnja da je takozvani lažni azilant, oduzmemo pasoš. Međutim, ukoliko se u najskorije vreme broj takozvanih lažnih azilantata, preduzimanjem policijskih mera, ne smanji, spremni smo da promenimo zakon, kojim će se omogućiti oduzimanje pasoša“. (Übersetzung: „Zur Zeit haben wir keine rechtliche Möglichkeit, jemanden, von dem wir annehmen, dass er ein sogenannter falscher Asylbewerber ist, den Reisepass zu entziehen. Wenn die Zahl der sogenannten falschen Asylbewerber aufgrund der polizeilichen Maßnahmen nicht in kürzester Zeit sinkt, sind wir bereit, das Gesetz zu ändern, das den Entzug von Pässen ermöglicht.“) (Zakonima protiv lažnih azilantata, *Politika*, 11. Mai 2011, verfügbar unter: <http://www.politika.rs/rubrike/Hronika/Zakonima-protiv-laznih-azilantata.lt.html>)

Serbische Regierungsvertreter haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wiederholt aufgefordert, ihnen die Daten abgelehnter AsylbewerberInnen mitzuteilen²⁵⁷, ein Bestreben, dem sich die Europäische Union allerdings aus Datenschutzgründen bislang offiziell widersetzt. Allerdings ist es offensichtlich, dass die serbischen Behörden im Rahmen des sogenannten Rückübernahmeverfahrens ohnehin Zugang zu den Namen, Geburtsdaten und Adressen der AsylbewerberInnen erhalten.

Bereits heute ist es so, dass Personen, die aufgrund einer nicht rechtzeitig erfolgten Ausreise (sogenannte „Overstayers“), oder weil sie sich weigerten, „freiwillig“ aus Schengener Vertragsstaaten auszureisen, eine Einreisesperre erhielten, nicht mehr aus Serbien ausreisen können. Das Regional Minority Rights Center zitiert den Fall eines Musikers, der im Januar vergangenen Jahres zu einem Auftritt nach Wien fahren wollte. Er wurde an der serbisch-ungarischen Grenze von der serbischen Grenzpolizei angehalten, die ihm die Ausreise mit der Begründung, sein Pass weise eine „rote Linie“ auf, verweigerte.²⁵⁸

Bereits heute werden abgeschobene AsylbewerberInnen polizeilich vorgeladen und zu den Gründen für ihren Asylantrag im Ausland befragt.²⁵⁹ Während einer Tagung zur Situation der RückkehrerInnen aus Westeuropa,²⁶⁰ die im November vergangenen Jahres in Belgrad stattfand, rechtfertigte ein Vertreter des (serbischen) Ministeriums für Menschen- und Minderheitenrechte diese Praxis mit dem Hinweis, dass sie überwiegend solche Personen betreffe, die wiederholt Asylanträge stellten.²⁶¹ Tatsächlich scheint es aber so, dass diese Maßnahme unterschiedslos auf alle Personen angewendet wird, die im Ausland Asyl beantragt haben.²⁶²

Abgelehnten AsylbewerberInnen droht bereits heute eine Verurteilung wegen Verstoßes gegen das Meldegesetz.²⁶³ Dieses Gesetz, das im November 2011 überarbeitet und neu gefasst wurde, sieht vor, dass Personen, die länger als 90 Tage im Ausland bleiben, sich vor ihrer Abreise und bei ihrer Rückkehr beim Innenministerium melden müssen.²⁶⁴ Bei einem Verstoß droht eine Geldstrafe von 10 000 bis 50 000 Dinaren, zwischen 89 und 446 Euro.²⁶⁵ Laut Informationen des Regional Center for Minorities wird dieses Gesetz selektiv auf Roma angewendet.²⁶⁶

²⁵⁷ Delić: Potrebni podaci o azilantima, B92, 7.05.11, verfügbar unter:

http://www.b92.net/info/vesti/index.php?yyyy=2011&mm=05&dd=07&nav_category=11&nav_id=510708. Siehe auch: Ivica Dačić: „Wir haben die EU gebeten, die Namen der Asylsuchenden zu schicken, aber das ist eine Verletzung der Menschenrechte.“ (Serbien pocht auf Visafreiheit, Tagespiegel, 27.10.12, verfügbar unter:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/serbien-pocht-auf-visafreiheit/7309716.html>)

²⁵⁸ Regional Center for Minorities (RCM): Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl. ..., S. 42-3

²⁵⁹ Gespräch mit N.R. in Belgrad, 8.11.12. Siehe auch: Regional Centre for Minorities ..., S. 43 - 44)

²⁶⁰ Rights of Roma Returnees in Serbia – Problems, Needs and Solutions, Hotel Palace, Belgrad, 10. - 11. November 2012

²⁶¹ Zoran Panjković, Berater im Ministerium für Menschen- und Minderheitenrechte. Eigene Mitschrift.

²⁶² Gespräch mit N.R. in Belgrad, 8.11.12. N.R., der im Oktober 2012 aus Luxemburg abgeschoben wurde, berichtete, der Beamte des Innenministeriums habe ihn gefragt, was es sich dabei gedacht haben, im Ausland Asyl zu beantragen. (eigene Mitschrift) Gleichlautend berichtete auch E.I., der Mitte 2012 freiwillig aus Deutschland zurückkehrte (siehe: Regional Center for Minorities (RCM): Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl, ...S. 43 - 44)

²⁶³ Zakon o prebilavištu i boravištu građani (Meldegesetz), in: *Öffentliches Amtsblatt der Republik Serbien*, Nr. 87/2011, verfügbar unter: http://www.paragraf.rs/propisi/zakon_o_prebilavistu_i_boravistu_gradjana.html

²⁶⁴ Artikel 19 – Anmeldung eines befristeten Aufenthalts im Ausland und der Rückkehr aus dem Ausland

Bürger, die beabsichtigen, sich ununterbrochen, länger als 90 Tage im Ausland aufhalten, müssen ihren zeitweiligen Aufenthalt vor der Abreise bei den zuständigen Behörden melden.

Bürger, die die Absicht haben, sich ununterbrochen, aber nicht länger als 90 Tage im Ausland aufzuhalten und ihren Aufenthalt auf mehr als 90 Tage verlängern, müssen die zuständigen Behörden durch die diplomatische oder konsularische Vertretung informieren.

Bürger aus Absatz 1 und 2 dieses Artikels sind verpflichtet sich nach ihrer Rückkehr im Land innerhalb von acht Tagen an ihrem Wohnort zu melden.

In den Fällen von Absatz 1 – 3 sind die Bürger [auch] verpflichtet, eine Meldung für evt. mitreisende Minderjährige einzureichen. Personen, die ihren vorübergehenden Aufenthalt im Ausland oder ihre Rückkehr aus dem Ausland melden, erhalten eine amtliche Bestätigung. (eigene Übersetzung aus dem Serbischen) (Zakon o prebilavištu i boravištu građani (Meldegesetz), in: *Öffentliches Amtsblatt der Republik Serbien*, Nr. 87/2011, verfügbar unter:

http://www.paragraf.rs/propisi/zakon_o_prebilavistu_i_boravistu_gradjana.html)

²⁶⁵ Ibid., Artikel 27.5

²⁶⁶ Regional Center for Minorities (RCM): Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl ..., S. 45

Am 15. Oktober 2012 bot der serbische Premierminister, Ivica Dačić, als Reaktion auf den erneuten Druck von Seiten mehrerer EU-Mitgliedstaaten an, die Kosten für die Abschiebung abgelehnter AsylbewerberInnen zu übernehmen. Er begründete seinen Vorschlag damit, dass dies Serbien weniger koste als die Aufhebung der Visumfreiheit.²⁶⁷ Angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der AsylbewerberInnen Roma und ethnische AlbanerInnen sind, bemerkte Dačić auch: „Wenn wir Roma und AlbanerInnen aus den Bussen [, die ins Ausland reisen,] herausschmeißen, würde das nicht auf die Zustimmung der Europäischen Union treffen.“²⁶⁸

Am 17. Oktober 2012 kündigte Dačić anlässlich eines Treffens der Kommission zur Überwachung der Umsetzung der Visaliberalisierung weitere „dringende Maßnahmen“ zum Erhalt der Visumfreiheit an.²⁶⁹ Dies sei die erste Priorität der serbischen Regierung. Knapp zehn Tage später verkündete die serbische Zeitung *Novosti*, die Regierung habe weitere Maßnahmen beschlossen. Dazu gehöre eine erneute Verschärfung der Grenzkontrollen, eine schärfere Kontrolle internationaler Transportlizenzen und eine stärkere bilaterale Zusammenarbeit mit den Staaten, in denen die meisten Asylanträge gestellt würden.²⁷⁰

Am 8. November 2012 verabschiedete das serbische Parlament ein neues Gesetz zur Kontrolle der Migrationsbewegungen, das ein einheitliches System für das Sammeln, Verwalten und den Austausch von Daten über Wanderungsbewegungen vorsieht. Mit diesem Gesetz erhält das serbische Flüchtlingskommissariat zur Aufgabe, das „Phänomen“ der sogenannten ScheinasylantInnen zu beobachten. Außerdem sieht es unter anderem die Erstellung eines sogenannten Migrationsprofils für Serbien vor.²⁷¹

Am 29. Oktober 2012 erklärten Oppositionspolitiker der Demokratischen Partei (DS), dass Maßnahmen, wie die Kontrolle der Pässe und Grenzübergänge, zu Verstößen gegen Menschenrechte führten, da der Staat kein Recht habe, Personen, die alle Anforderungen erfüllen, daran zu hindern, die Grenze zu überschreiten oder die Ausstellung von Reisepässen zu verweigern.²⁷²

Ein Mitarbeiter des Belgrader Zentrums zur Unterstützung von AsylbewerberInnen erklärte, dass der Entzug des Reisepasses und das Verbot der Ausreise gegen die serbische Verfassung verstoße.²⁷³ Tatsächlich garantiert Artikel 17 der serbischen Verfassung das Recht auf Bewegungsfreiheit. Dieses Recht betrifft sowohl die Freizügigkeit innerhalb Serbiens und die freie Wahl des Wohnortes als auch das Recht, Serbien zu verlassen und wieder nach Serbien zurückzukehren. In Übereinstimmung mit den entsprechenden internationalen Konventionen hält die serbische Verfassung fest, dass dieses Recht nur eingeschränkt werden kann, wenn dies im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungen, zur Vorbeugung ansteckender Krankheiten oder zur Verteidigung der Republik Serbien nötig ist.²⁷⁴

²⁶⁷ Serbien will für Asylbewerber zahlen, *Deutsche Welle*, 15. Oktober 2012, verfügbar unter: <http://www.dw.de/serbien-will-f%C3%BCr-asylbewerber-zahlen/a-16307231>

²⁶⁸ Serbia "to pay costs incurred by asylum seekers", *B92*, 15. Oktober 2012, verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2012&mm=10&dd=15&nav_id=82666

²⁶⁹ Dačić: urgent measures against false asylum seekers, *International Radio Serbia*, 17. Oktober 2012, verfügbar unter: <http://voiceofserbia.org/content/dacic-urgent-measures-against-false-asylum-seekers>

²⁷⁰ Srbija steže granicu zbog azilanata, *Večerne Novosti*, 26.10.12, verfügbar unter:

<http://www.novosti.rs/vesti/naslovna/aktuelno.290.html:403132-Srbija-steze-granicu-zbog-azilanata>; siehe auch: Govt. prepares plan to curb number of asylum seekers, *B92*, 27.10.12, verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2012&mm=10&dd=27&nav_id=82866

²⁷¹ Serbian parliament adopts Law on Amnesty, *Tanjug*, 8. November 2012, verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2012&mm=11&dd=08&nav_id=83058

²⁷² Zitiert nach: Government "to solve asylum issue with EU help", *Tanjug*, 29. Oktober 2012, verfügbar unter: http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2012&mm=10&dd=30&nav_id=82916

²⁷³ Lazni azilanti: Oskudica vraća begunce kući, *Večerne Novosti*, 18. 10.12, verfügbar unter:

<http://www.novosti.rs/vesti/naslovna/aktuelno.290.html:401908-Lazni-azilanti-Oskudica-vraca-begunce-kuci>

²⁷⁴ "Freedom of movement - Article 39

Tatsächlich werden die derzeitigen Maßnahmen mit dem Verweis auf übergeordnete „serbische Interessen“ begründet²⁷⁵, eine Begründung, die in ihrer Allgemeinheit einer Überprüfung durch internationale Instanzen, wie den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte oder das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen, nicht standhalten dürfte. Am 27. November 2012 urteilte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof, dass in einem ähnlichen Fall, betreffend einen bulgarischen Staatsbürger, dem nach seiner Abschiebung aus den USA, wo er gegen das Einwanderungsgesetz verstoßen hatte, ein zweijähriges Ausreiseverbot auferlegt worden war und der Pass entzogen worden war, ein klarer Verstoß gegen Artikel 2, Protokoll 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention vorliegt.²⁷⁶ Die ständige Kommission unabhängiger Experten zu internationalen Asyl- und Einwanderungsfragen, das sogenannte Meijers Committee, erläuterte die Bedeutung dieses Urteils hinsichtlich der Maßnahmen, die den Balkanstaaten und zukünftig anderen Staaten im Rahmen der Visaliberalisierung aufgezwungen wurden, in einem Schreiben an die Europäische Kommission.²⁷⁷

Bereits am 22. November 2011 stellte der damalige Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg, in einer öffentlichen Stellungnahme zu den Maßnahmen, die Serbien, Mazedonien und anderen Staaten des sogenannten westlichen Balkans getroffen haben, um eine Wiedereinführung der Visumpflicht durch die Europäische Union zu verhindern, fest, dass die Ausreisebestimmungen, die einige dieser Staaten eingeführt haben, sowie das Risiko einer möglichen Bestrafung bei der Rückkehr gegen das Recht auf Freizügigkeit verstoßen, das durch die Europäische Menschenrechtskonvention geschützt sei. Der Kommissar äußerte sich besonders besorgt, dass die Grenzkontrollen insbesondere auf Angehörige ethnischer Minderheiten, allen voran auf Roma abzielen, was die Diskriminierung dieser Gruppen noch verschärfe. Außerdem hielt er unmissverständlich fest, dass das Recht auf Asyl ein Menschenrecht sei.²⁷⁸

In ihrem Bericht zur Einhaltung der von Serbien als Mitgliedstaat des Europarats übernommenen Verpflichtungen schrieben die Berichtersteller der Parlamentarischen Versammlung des Europarats: „Wir verstehen, dass Serbien seine Verpflichtungen, die es im Rahmen der Visaliberalisierung übernommen hat, einhalten und einen Missbrauch verhindern will. Wir müssen die serbischen Behörden dennoch darauf hinweisen, dass die getroffenen Maßnahmen in vollständigem Einklang mit den Standards des Europarats sein müssen und nicht gegen das Recht der Menschen, ihr Land zu verlassen, verstoßen dürfen.“²⁷⁹ Die Berichtersteller bezogen sich explizit auf die Stellungnahme des Menschenrechtskommissars und betonten unter anderem auch die Notwendigkeit, gegen Antiziganismus vorzugehen.²⁸⁰

Everyone shall have the right to free movement and residence in the Republic of Serbia, as well as the right to leave and return. Freedom of movement and residence, as well as the right to leave the Republic of Serbia may be restricted by the law if necessary for the purpose of conducting criminal proceedings, protection of public order, prevention of spreading contagious diseases or defense of the Republic of Serbia.” (Constitution of the Republic of Serbia, veröffentlicht im Öffentlichen Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 98/2006, verfügbar unter: <http://www.ustavni.sud.rs/page/view/en-GB/235-100028/constitution>)

²⁷⁵ Siehe dazu u.a. Artikel 1 der Verordnung zur näheren Regelung der Durchführung der Grenzkontrollen, der die verschärften Kontrollen bei der Ausreise mit den Interessen Serbiens und seiner BürgerInnen begründet. (Uredba o bližem uređivanju načina vršenja policijskih ovlašćenja policijskih službenika granične policije dužnostima lica koje prelazi državnu granicu, in: *Službeni glasnik Republike Srbije* (Öffentliches Amtsblatt der Republik Serbien), Nr. 39/2011, verfügbar unter: http://www.paragraf.rs/propisi/uredba_o_blizem_uredjivanju_nacina_vrsenja_policijskih_ovlascenja.html)

²⁷⁶ Siehe dazu: Case of Stamose v. Bulgaria, Beschwerde Nr. 29713/05, Straßburg, 27. November 2012, Nr. 29713/05, verfügbar unter: <http://hudoc.echr.coe.int/sites/tra/pages/search.aspx?i=001-115160>

²⁷⁷ Letter Meijers Committee on the implications of the recent judgment of the ECHR “Stamose v Bulgaria” for visa liberation negotiations, Kennzeichen CM1301, 10. Januar 2013, verfügbar unter: http://www.commissie-meijers.nl/assets/commissiemeijers/CM1301%20Letter%20Meijers%20Committee%20on%20the%20implications%20of%20the%20ECtHR%20Stamose%20judgment%20for%20visa%20liberation%20negotiations_COM.pdf

²⁷⁸ Commissioner for Human Rights: The right to leave one’s country should be applied without discrimination (Presseerklärung, CommDH037(2011)), 22. November 2011, verfügbar unter: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1874199&Site=DC>

²⁷⁹ Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia, Abs. 127, S. 26, verfügbar unter: <http://assembly.coe.int/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.pdf>

²⁸⁰ Ibid.

In seiner Resolution zu seinem Fortschrittsbericht zu Serbien stellte das Europaparlament im März 2012 fest, dass ein Großteil der AsylbewerberInnen aus Serbien Angehörige ethnischer Minderheiten seien, und fordert die serbische Regierung auf, ihre Probleme, die sich durch die Wirtschaftskrise und eine hohe Arbeitslosigkeit verschärft hätten, aktiv in Angriff zu nehmen und ihre gesellschaftliche Integration zu erleichtern.²⁸¹ Das Parlament zeigte sich überzeugt, dass solche Maßnahmen dazu beitragen könnten, die Ursachen für die hohen Asylbewerberzahlen teilweise oder sogar ganz zu beseitigen.

Das Parlament forderte die serbischen Behörden außerdem auf, ihre Aufklärungskampagnen zu verstärken und gegen Organisatoren von „Asylreisen“ vorzugehen. Allerdings müssten die Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs der Visumfreiheit das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit berücksichtigen und dürften nicht in ungerechtfertigter Weise gegen Grundrechte verstoßen, indem etwa Personen willkürlich an der Ausreise gehindert würden.²⁸² Das Parlament erinnerte daran, dass der Minderheitenschutz ein wesentliches Beitrittskriterium sei und erklärt seine Übereinstimmung mit der Europäischen Kommission dahingehend, dass die Umsetzung des rechtlichen und institutionellen Rahmens zum Schutz der Minderheiten verbessert werden müsse.²⁸³

Der Druck auf die serbische Regierung hinsichtlich einer möglichen Wiedereinführung der Visumpflicht hat weitreichende Konsequenzen für Roma und Angehörige anderer nationaler Minderheiten in Serbien. Serbische Politiker und Medien weisen immer wieder darauf hin, dass die Mehrheit der AsylbewerberInnen Roma oder sogenannte „ethnische“ AlbanerInnen aus dem Süden Serbiens sind.²⁸⁴ Sie werden zusammenfassend und verallgemeinernd als „lažni azilanti“, falsche Asylanten oder Scheinasylanten bezeichnet und für den Druck von Seiten der Europäischen Union und der Vertragsstaaten des Schengener Abkommens auf das Visaregime verantwortlich gemacht. Am 8. Mai 2011, dem traditionellen Frühjahrsfest der Roma, forderte der damalige stellvertretende Premierminister und Innenminister Serbiens, Ivica Dačić, die Roma auf, nicht im Ausland Asyl zu beantragen, da sie damit serbische Interessen gefährden würden.²⁸⁵ Am 15. Oktober 2012 erklärte Ivica Dačić, der nunmehr Premierminister Serbiens ist, im Zusammenhang mit dem erneuten Druck von Seiten der Europäischen Union und Hinweis auf eine mögliche Wiedereinführung der Visumpflicht, dass es nicht in Ordnung sei, wenn alle BürgerInnen Serbiens für den offensichtlichen Missbrauch des Asylrechts durch eine kleine Minderheit zahlen müssten.²⁸⁶

Serbische NGOs wie das Belgrader Zentrum für Minderheiten (RMC) berichten, dass die Zahl der Angriffe gegen Roma aufgrund der rassistischen Hetze zugenommen habe.²⁸⁷ Bei der bereits zitierten Tagung zur Situation der RückkehrerInnen²⁸⁸ äußerten führende Oppositionspolitiker, darunter auch der stellvertretende Sprecher des serbischen Parlaments, Žarko Korać, die Befürchtung, dass die Roma im Falle einer Wiedereinführung

²⁸¹ European Parliament: Enlargement report for Serbia: European Parliament resolution of 29 March 2012 on the European integration process of Serbia, Brüssel, 29. März 2012, Abs. 9, S. 4, verfügbar unter:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dsee/dv/0704_03/0704_03en.pdf

²⁸² “[A]ny measures aimed at preventing abuse of the visa-free travel regime must be based on the rule of law and must not unduly infringe fundamental rights, for example by arbitrarily denying individuals the right to leave their country”. (Ibid., Abs. 8, S. 4)

²⁸³ Ibid., Abs. 10, S. 4

²⁸⁴ Ivica Dačić: Podnosioci azila iz Srbije su Romi i Albanci, 16.10.12, info-ks.net, verfügbar unter: http://www.info-ks.net/clanak.php?id=22554&naziv=podnosioci-azila-iz-srbije-su-romi-i-albanci&nav_id=1&pod_nav=11

²⁸⁵ Dačić pozvao građane romske nacionalne manjine da ne traže azil u zemljama EU, BETA, 8.05.11, verfügbar unter: <http://www.blic.rs/Vesti/Politika/252583/Dacic-pozvao-Rome-da-ne-traze-azil-u-EU>

²⁸⁶ Ivica Dačić: „Es ist nicht in Ordnung, wenn alle Bürger den Preis bezahlen. Es geht vor allem um Roma und Albaner.“ Serbien pocht auf Visafreiheit, *Tagespiegel*, 27.10.12, verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/serbien-pocht-auf-visafreiheit/7309716.html>; und: „Nije korektno da svi građani Srbije plaćaju zbog očigledne zloupotrebe prava na azil jednog malog dela stanovništva“. Zitiert nach: Lažni problem lažnih azilanata, *Radio Srbija*, 15.10.12, verfügbar unter: http://www.akademiasrbija.com/index.php?option=com_content&view=article&id=6094:lani-problem-lanih-azilanata&catid=47:ukratko-cat&Itemid=71; siehe auch:

²⁸⁷ Siehe: Regional Centre for Minorities (RCM): Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl ..., S. 26

²⁸⁸ Rights of Roma Returnees in Serbia – Problems, Needs and Solutions, Hotel Palace, Belgrad, 10. – 11. November 2012

der Visumpflicht durch die Europäische Union Opfer rassistischer Angriffe werden könnten.²⁸⁹

Das amerikanische Außenministerium berichtet in seinem Länderbericht 2012, dass binnenvertriebene Roma aus dem Kosovo nach der Einführung biometrischer Pässe und Aufhebung der Visumpflicht für Kurzaufenthalte willkürlich daran gehindert worden seien, sich in Serbien anzumelden.²⁹⁰ Grundlage hierfür ist offensichtlich eine Bestimmung vom 15. September 2009,²⁹¹ wonach Personen mit vorherigem Wohnsitz im Kosovo, mit Ausnahme der Binnenvertriebenen, ihren Pass ausschließlich bei der Koordinationsstelle für Kosovo in Belgrad beantragen können. Die Nichtregierungsorganisation Praxis schreibt in einem Bericht zur Integration von RückkehrerInnen, dass es in Folge dieses Gesetzes für Personen mit vorherigem Wohnsitz im Kosovo nahezu unmöglich wurde, sich in Serbien anzumelden.²⁹² In einem zynischen Kommentar stellt Praxis fest, dass der serbische Staat interessanterweise begonnen habe, seine BürgerInnen (aus dem Kosovo) wie Fremde zu behandeln.²⁹³ Praxis berichtet von einem Fall eines Mannes aus dem Kosovo, der aus Norwegen nach Serbien zurückkehrte und sich in Kraljevo anmelden wollte. Die örtliche Polizei verweigerte ihm diese Anmeldung mit der Bemerkung, die Polizei habe Anweisungen vom Innenministerium erhalten, Personen mit vorherigem Wohnort im Kosovo eine Anmeldung zu verweigern.²⁹⁴ In einem Bericht an das Komitee zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierung (CERD) der Vereinten Nationen, schreiben serbische Nichtregierungsorganisationen, die Polizeibehörden hätten mündliche Anweisungen erhalten, An- und Ummeldungen von Personen, die ursprünglich aus dem Kosovo stammten, nicht zu bearbeiten. Die Organisationen stellen fest, dass es damit für Binnenvertriebene aus dem Kosovo noch schwieriger werde, ihre Grundrechte in Serbien wahrzunehmen, was insbesondere Roma betreffe.²⁹⁵ Die Maßnahme verstößt eindeutig gegen die serbische Verfassung, die die freie Wahl des Wohnorts innerhalb von Serbien garantiert.²⁹⁶

²⁸⁹ Eigene Mitschrift.

²⁹⁰ U.S. Department of State BUREAU OF DEMOCRACY, HUMAN RIGHTS, AND LABOR: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, S. 10, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>. Siehe dazu auch unter dem Stichwort „Binnenvertriebene Roma aus dem Kosovo“.

²⁹¹ Uredbu o postupku utvrivanja ispunjenosti propisanih uslova za izdavanje pasoša za lica sa područja Autonomne Pokrajine Kosovo i Metohija („Bestimmung für die Prozedur zur Feststellung der Erfüllung der vorgeschriebenen Kriterien zur Ausgabe von Pässen an Personen mit Herkunft aus der Autonomen Provinz Kosovo und Metohija“), in: *Službeni glasnik Republika Srbije* (Öffentliches Amtsblatt der Republik Serbien), Nr. 76 vom 16. September 2009), verfügbar unter: http://www.podaci.net/_zakon/propis/Uredba_o_postupku/U-puipui03v0976.html

²⁹² Praxis: Access to rights and integration of returnees on the basis of the readmission agreements. Analysis of the main problems and obstacles, Belgrad, August 2011, S. 16, verfügbar unter: http://www.praxis.org.rs/images/praxis_downloads/Access_to_Rights_and_Integration_of_Returnees_on_the_Basis_of_the_Readmission_Agreements.pdf

²⁹³ Ibid., S. 17

²⁹⁴ Ibid. S. 17 und 18

²⁹⁵ Praxis/Regional Centre for Minority Rights/CEKOR/CHRIS: Information submitted to the Committee on the Elimination of Racial Discrimination on the occasion of Initial Periodic Report of Serbia, 78th Session, Belgrad, Februar 2011, S. 11, verfügbar unter: <http://www.minoritycentre.org/sites/default/files/Praxis,%20Regional%20Centre%20for%20Minorities,%20CEKOR%20and%20CHRIS%20-%20Information%20submitted%20to%20CERD,%20Serbia%20Initial%20Periodic%20Report.pdf>

²⁹⁶ Constitution of the Republic of Serbia, Artikel 39, Freedom of movement, veröffentlicht im Öffentlichem Amtsblatt der Republik Serbien, Nr. 98/2006, verfügbar unter: <http://www.ustavni.sud.rs/page/view/en-GB/235-100028/constitution>

Quellen:

Advisory Committee on the framework convention for the protection of national minorities: Second Opinion on Serbia adopted on 19 March 2009 (ACFC/OP/II(2009)001), verfügbar unter:
http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/minorities/3_FCNMdocs/PDF_2nd_OP_Serbia_en.pdf

Amnesty International: Annual Report 2012: Serbia, verfügbar unter:
<http://www.amnesty.org/en/region/serbia/report-2012>

Amnesty International: Serbia: Home is more than a roof over your head: Roma denied adequate housing in Serbia (EUR 70/001/2011), 7. April 2011, verfügbar unter:
<http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR70/001/2011/en/5e0bb76a-1030-4a5f-ba44-06a5fe216069/eur700012011en.pdf>

Amnesty International: Serbia: After Belvil, Serbia needs new laws against forced eviction (EUR 70/015/2012), 17. Oktober 2012, verfügbar unter:
<http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR70/015/2012/en/d97ae40c-0701-452a-b9b8-d2491a7322e1/eur700152012en.pdf>

Amnesty International: Serbia: Time for a law against forced evictions (EUR 70/025/2011), 7. December 2011, verfügbar unter:
<http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR70/025/2011/en/bff40ed7-9b5d-4300-92ec-27a1dc94458d/eur700252011en.pdf>

Belgrade Centre for Human Rights: Human Rights in Serbia 2010, Belgrad, März 2011, verfügbar unter:
<http://english.bgcentar.org.rs/images/stories/Datoteke/human%20rights%20in%20serbia%202010.pdf>

Chachipe: Selective freedom. The visa liberalisation and restrictions to the right to travel in the Balkans, Luxemburg, Juni 2012, verfügbar unter:
http://romarights.files.wordpress.com/2012/07/chachipe_visa_liberalisation_report_270612.pdf

Commissioner for Human Rights: Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to Serbia on 12-15 June 2011, Strasbourg, 22 September 2011, CommDH(2011)29, verfügbar unter:
<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1834869&Site=CommDH&BackColorInternet=FEC65B&BackColorIntranet=FEC65B&BackColorLogged=FFC679>

Commissioner for Human Rights: Human rights of Roma and Travellers in Europe, Strasbourg, verfügbar unter:
http://www.coe.int/t/commissioner/source/prems/prems79611_GBR_CouvHumanRightsOfRoma_WEB.pdf

Committee on Economic, Social and Cultural Rights (CESCR) : General Comment n°7: The right to adequate housing: forced evictions (art.11 (1)), verfügbar unter:
[http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/\(symbol\)/CESCR+General+Comment+7.En?OpenDocument](http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/(symbol)/CESCR+General+Comment+7.En?OpenDocument)

Committee of Ministers: Resolution CM/ResCMN(2011)7 on the implementation of the Framework Convention for the Protection of National Minorities by Serbia (Adopted by the Committee of Ministers on 30 March 2011 at the 1110th meeting of the Ministers' Deputies), verfügbar unter:
<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1769009&Site=CM>

European Commission: Communication from the Commission to the European Parliament and the Council - Commission Opinion on Serbia's application for membership of the European Union COM(2011) 668 final, Brussels, 12.10.2011, verfügbar unter:
http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2011/package/sr_rapport_2011_en.pdf

European Commission: Report from the Commission to the European Parliament and the Council, Third Report on the Post-Visa Liberalisation Monitoring for the Western Balkan Countries in accordance with the Commission Statement of 8 November 2010, Brüssel, 28.8.2012, COM(2012)

472 final, verfügbar unter :

<http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0472:FIN:EN:PDF>

European Commission: Commission staff working document : Serbia 2012 Progress report accompanying the document, Communication from the Commission to the European Parliament and the Council, Enlargement Strategy and Main Challenges 2012-2013, Brüssel, 10.10.2012 (SWD(2012) 333 final), verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/sr_rapport_2012_en.pdf

European Commission, Serbian government et al.: Social Inclusion Seminar: Roma Issues in Serbia, 21-22 June, Belgrade. Operational conclusions, (Ref. Ares(2011)860284 - 08/08/2011), verfügbar unter: <http://www.osce.org/odihr/91136>

European Commission against Racism and Intolerance (ECRI): ECRI report on Serbia (fourth monitoring cycle) (CRI(2011)21), Adopted on 23 March 2011, published on 31 May 2011, verfügbar unter: <http://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/country-by-country/serbia/SRB-CbC-IV-2011-021-ENG.pdf>

European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT): Report to the Government of Serbia on the visit to Serbia carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 1 to 11 February 2011 (CPT/Inf (2012) 17), Strassburg, 14. Juni 2012, verfügbar unter: <http://www.cpt.coe.int/documents/srb/2012-17-inf-eng.pdf>

European Parliament: Enlargement report for Serbia: European Parliament resolution of 29 March 2012 on the European integration process of Serbia (2011/2886(RSP) (P7_TA-PROV(2012)0114), Brüssel, 29. März 2012, verfügbar unter:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dsee/dv/0704_03/0704_03en.pdf

European Roma Rights Centre: Parallel report by the European Roma Rights Centre and Minority Rights Centre , concerning Serbia, To the Human Rights Council, within its Universal Periodic Review, for consideration at its 15th session (21 January to 1 February 2013), verfügbar unter:

<http://www.errc.org/cms/upload/file/serbian-un-upr-submission-16-july-2012.pdf>

European Roma Rights Center/Praxis: Parallel report concerning Serbia To The Committee on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW) (ohne Datum), verfügbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cedaw/docs/53/PraxisAndERRC_Serbia53_ForTheSession.pdf

European Roma Rights Centre (ERRC): Serbia: EU Enlargement Programme 2012 ERRC report, Mai 2012, S. 2 und 3, verfügbar unter: <http://www.errc.org/cms/upload/file/ecprogress-serbia-2012.pdf>

Equal Rights Trust: Serbia. Decisions on anti-discrimination cases, Oktober 2009, verfügbar unter: http://www.equalrightstrust.org/ertdocumentbank/550014425_2__PILI%20Project%20-%20Serbia%20National%20Case%20Law%20Template.pdf

Government of the Republic of Serbia: Strategy for improvement of the status of Roma in the Republic of Serbia, Belgrad 2010, verfügbar unter: <http://www.inkluzija.gov.rs/wp-content/uploads/2010/03/Strategija-EN-web-FINAL.pdf>,

Human Rights Watch: World Report 2012: Serbia, verfügbar: <http://www.hrw.org/world-report-2012/serbia>

Human Rights Watch: World Report 2013: Serbia, verfügbar unter : <http://www.hrw.org/world-report/2013/country-chapters/serbia>

Joint IDP Profiling Service : Serbia : Profile at glance, Belgrad, 2012, verfügbar unter : <http://idp-profiling.org/serbia-profiling.html>

Parliamentary Assembly of the Council of Europe (PACE): The honouring of obligations and commitments by Serbia (Doc. 12813) (Berichterstatter: Davit Harutyunyan und Indrek Saar), 9. Januar

2012, verfügbar unter:

<http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc12/EDOC12813.htm>

Praxis: Access to rights and integration of returnees on the basis of the readmission agreements.

Analysis of the main problems and obstacles, Belgrad, August 2011, S. 16, verfügbar unter:

http://www.praxis.org.rs/images/praxis_downloads/Access_to_Rights_and_Integration_of_Returnees_on_the_Basis_of_the_Readmission_Agreements.pdf

Praxis/Regional Centre for Minority Rights/CEKOR/CHRIS: Information submitted to the Committee on the Elimination of Racial Discrimination on the occasion of Initial Periodic Report of Serbia, 78th

Session, Belgrad, Februar 2011, verfügbar unter:

<http://www.minoritycentre.org/sites/default/files/Praxis,%20Regional%20Centre%20for%20Minorities,%20CEKOR%20and%20CHRIS%20-%20Information%20submitted%20to%20CERD,%20Serbia%20Initial%20Periodic%20Report.pdf>

Project Fight against sexual and gender-related violence/Office for Gender Equality, Ministry of Labour and Social Policy: Mapiranje porodičnog nasilja prema ženama u Centralnoj Srbiji (Mapping of domestic violence against women in Central Serbia) (in Serbisch, Zusammenfassung in englischer Sprache), Belgrad 2010, verfügbar unter:

<http://www.undp.org.rs/index.cfm?event=public.publicationsDetails&revid=023D302E-C8DA-E1C7-C296D5B8F3DE466D>

Protector of Citizens: 2011 Annual report, Belgrad 2011, verfügbar unter:

<http://www.ombudsman.rs/index.php/lang-sr/izvestaji/godisnji-izvestaji>

Regional Minority Centre: Die Liberalisierung des Visasystems und Einschränkungen des Rechts auf Asyl. Zur Situation serbischer Roma, die im Ausland Asyl beantragt haben, (Herausgeber: Flüchtlingsrat NRW), Bochum/Münster, Oktober 2012

Reporters without Borders: Press Freedom Index 2011-2012, verfügbar unter: <http://en.rsf.org/report-serbia,132.html>

Reporters without Borders: World Press Freedom Index 2013, 2013, verfügbar unter :

http://fr.rsf.org/IMG/pdf/classement_2013_gb-bd.pdf

Schweizer Flüchtlingshilfe (SFH/OSAR): Zugang Angehöriger der Roma-Ethnie zu Gesundheitsdiensten und Sozialhilfe in Serbien - Gutachten der SFH-Länderanalyse, Bern, 4. Oktober 2012, verfügbar unter: <http://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslander/europe/serbien/zugang-angehoeriger-der-roma-ethnie-zu-gesundheitsdiensten-und-sozialhilfe-in-serbien>

Special Representative of the OSCE Chairperson-in-Office on Gender Issues : Country Visit to Serbia. Report of June Zeitlin, the Special Representative of the OSCE Chairperson-in-Office on Gender Issues, 25. – 27. April 2012, verfügbar unter: <http://www.osce.org/cio/96704>

Službeni glasnik Republike Srpske (Öffentliches Amtsblatt der Republik Serbien), verfügbar unter:

http://www.paragraf.rs/propisi/uredba_o_blizem_uredjivanju_nacina_vrsenja_policijskih_ovlascenja.html

United Nations: General Assembly, Human Rights Council: Universal Periodic Review Report of the Working Group on the Universal Periodic Review Serbia (A/HRC/10/78) 8 January 2009, verfügbar unter: http://lib.ohchr.org/HRBodies/UPR/Documents/Session3/RS/A_HRC_10_78_Serbia_E.pdf

United Nations/CERD: Committee on the Elimination of Racial Discrimination: Seventy-eighth session 14 February – 11 March 2011 Consideration of reports submitted by States parties under article 9 of the Convention Concluding observations of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination, verfügbar unter: http://www2.ohchr.org/english/bodies/cerd/docs/co/Serbia_AUV.pdf

United Nations Development Programme (UNDP): At Risk: the social vulnerability of Roma, refugees and internally displaced persons in Serbia, Belgrad 2006, (Autorin: Tanja Perić), verfügbar unter:

http://europeandcis.undp.org/uploads/public/File/rbec_web/vgr/vulnerability_report_eng_FINAL.pdf

UNHCR: Persons at risk of statelessness in Serbia (Autorin: Gazela Pudar), Juni 2011, verfügbar unter: <http://www.unhcr.rs/media/statelessness.pdf>

U.S. Department of State/Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor: 2010 Country Reports on Human Rights Practices: Serbia, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/160212.pdf>

U.S. Department of State Bureau of Democracy, Human rights, and Labor: Country Reports on Human Rights Practices for 2011: Serbia, verfügbar unter: <http://www.state.gov/documents/organization/186612.pdf>

Zeitungen, Rundfunk und Agenturen

B92

BETA

Blic

Deutsche Welle

info-ks.net

International Radio Serbia

Politika

Radio Televizija Srbije (RTS)

Radio Televizija Vojvodine (RTV)

SMedia

Tagesspiegel

Tanjug

Večerne Novosti

Impressum

Schlussredaktion: PRO ASYL

Recherchestand: 15.03.13

Veröffentlicht: April 2013

Auflagenhöhe: 300

Text: Dr. Karin Waringo

Titelbild Copyright: Dr. Karin Waringo

Layout Titel: thiele/artdirection, Frankfurt/Main

Druck: Kopierwerk, Frankfurt/Main

